

HIGHLIGHTS 2018

Direktinvestitionen

Wann und für wen sie sich lohnen

SEITE 12, 28

Ali vs. Thomas

Alltagsdiskriminierung schlägt
sich im Mitfahrmarkt nieder

SEITE 16

Global stürmische Zeiten

Handelskriege, Populismus, Instabilität...
Wie das IfW Kiel Globalisierungsfolgen
nachspürt

SEITE 4



Prof. Dr. Sonja Peterson
Wissenschaftliche
Geschäftsführerin des
Instituts für Weltwirtschaft

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

2018 bewegte uns nicht nur das Weltgeschehen, auch innerhalb des IfW durchlebten wir spannende Prozesse und Veränderungen. Nach sieben Jahren stand wieder die turnusmäßige Überprüfung unserer Leistungen durch die Leibniz-Gemeinschaft an. Wir sind froh und stolz, die Kriterien für eine weitere Förderung mit Bravour zu erfüllen.

Auch das Ausscheiden unseres langjährigen Präsidenten Dennis Snower warf seine Schatten voraus. Das Haus freut sich, mit Gabriel Felbermayr als Nachfolger einen erstklassigen Wissenschaftler, einen erfahrenen Politikberater und eine dynamische Führungskraft für die Herausforderungen der kommenden Jahre gefunden zu haben.

Auch wenn wir also gezwungenermaßen ein gutes Stück mit uns selbst beschäftigt waren, gibt es dennoch zahlreiche Highlights aus unserer Forschungs- und Beratungsarbeit. Etwa: Entwicklungshilfe kann Migration doch eindämmen und befördert sie nicht zwingend, wie bislang angenommen, weil sich dadurch mehr Menschen eine teure Flucht leisten können (S. 20/21). Oder: #metwo, der Hashtag zu persönlichen Erfahrungen mit Diskriminierung und Rassismus, sorgte weltweit für Schlagzeilen – und tatsächlich: Alltägliche Diskriminierung ist sehr weit verbreitet. Aber es gibt Lösungen, diese zu reduzieren (S. 16/17). Außerdem: Laut unserem Gutachten für das Bundesfinanzministerium ist „Stupid-German-Money“ gar nicht so dumm, wie vielfach unterstellt, und Direktinvestitionen im Ausland können außerdem sehr positive Effekte haben (S. 12/13 und 28/29).

Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre.

Herzlichst
Ihre

Sonja Peterson

- 4 Global unruhige Zeiten machen unsere Forschung noch dringender
- 8 Global Solutions – Plädoyers für den Multilateralismus
- 10 **Forschung**
- 12 Deutsche Direktinvestitionen im Ausland: Positive Effekte auf Unternehmen im Empfängerland
- 14 Nationale Innovationspolitik in Zeiten globaler Vernetzung
- 16 Ali vs. Thomas – Deutsche Mitfahrgelegenheit bevorzugt
- 18 Integrierte Bewertung (mariner) negativer CO₂-Emissionen
- 20 Mehr oder weniger? Der Einfluss von Entwicklungshilfe auf Migration
- 22 Wer gewinnt im Handelskrieg?
- 24 Wie Schuldner zu Unterstützern rechtsextremer Parteien werden



- 26 **Beratung**
- 28 Leistungsbilanz: Warum deutsches Kapital ins Ausland fließt
- 30 Schätzung des Produktionspotenzials: IfW analysiert EU-Verfahren und erarbeitet Verbesserungsmöglichkeiten
- 32 IfW baut Beraterrolle im G20-Prozess aus
- 34 MEDAM Politikdialog: Den migrationspolitischen Stillstand überwinden
- 36 **Veranstaltungen**
- 38 Weltwirtschaftlicher Preis
- 39 WWP / Die Preisträger
- 40 Bernhard-Harms-Preis
- 41 Global Economic Symposium / GS Taipeh Workshop
- 42 Kieler Konjunkturgespräche / EES-Konferenz
- 43 PEGNet-Konferenz / KCG-Workshop
- 44 Excellence Awards in Global Economic Affairs / KCG/UNIDO-Konferenz
- 45 Leibniz-Wirtschaftsgipfel / Nacht der Wissenschaft / Kieler-Woche-Vorträge



- 46 **Ausbildung**
- 48 Advanced Studies Program
- 50 Kiel Institute Summer School
- 51 MEDAM-CAU-Vorlesungsreihe zu Immigration, Populismus und Euroskeptizismus
- 52 **Organisation**
- 54 Die internationale Arbeitsteilung
- 55 Wissensakkumulation und Wachstum
- 56 Sozial- und verhaltensökonomische Ansätze zur Lösung globaler Probleme
- 57 Umwelt und natürliche Ressourcen
- 58 Armutsminderung und Entwicklung
- 59 Makroökonomische Politik in unvollkommenen Märkten
- 60 Internationale Finanzmärkte und Global Governance
- 61 Prognosezentrum
- 62 Global Challenges Center
- 63 Impressum



SO UNRUHIG DIE ZEITEN, SO DRINGEND DIE FORSCHUNG

Handelskriege, wachsender Populismus, politische Instabilität, Klimawandel... Die Brennpunkte internationaler Wirtschaftspolitik spiegeln sich auch in der Forschung und den Beratungsaufgaben des Instituts für Weltwirtschaft. Seine Mission, Effekte der Globalisierung zu erfassen, zu erklären und Lösungsvorschläge für global relevante Probleme zu entwickeln, hat höchste Aktualität.

Populistische Politik gedeiht regelmäßig nach Finanzkrisen – und seit der jüngsten im Jahr 2008 besonders nachhaltig. Nicht immer sind Forschungsergebnisse direkt für aktuelle öffentliche Debatten relevant. Doch in diesem Fall erzeugten die Ergebnisse einer Arbeit der IfW-Forscher Christoph Trebesch und Manuel Funke gemeinsam mit Moritz Schularick von der Universität Bonn ein großes Echo. Der Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers jährte sich 2018 zum zehnten Mal. Aus heutiger Sicht könnte sich das Erstarken des Populismus als folgenreichstes Erbe der damals ausgelösten Finanzkrise erweisen.

In vielen Ländern – wie hier in Großbritannien – prallen erstarkende populistische Bewegungen und ihre Gegner aufeinander.

In einer Studie über die politischen Entwicklungen nach Finanzkrisen, die fast 100 Krisen und mehr als 800 nationale Wahlen in 20 Demokratien seit 1870 umfasst, zeigten sie, dass solche Muster überraschend häufig sind. Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien sind oft die größten Nutznießer. Ihre Stimmenanteile steigen um mehr als 30 Prozent im Vergleich zum langfristigen Durchschnitt. „Finanzkrisen entziehen alten Eliten die Legitimation und schaffen damit einen fruchtbaren Boden für Anti-Establishment-Rhetorik“, so die Autoren. Dass die populistische Welle dieses Mal breiter sei und länger anhalte, liege unter anderem an der Lernkurve der Populisten. Mehr denn je sei der

Populismus zu einer etablierten und erfolgreichen politischen Strategie geworden. „Populistische Politikerinnen und Politiker auf der ganzen Welt besuchen sich gegenseitig, hören einander zu und lernen.“

Insgesamt sehen die Experten die Forschung aber erst am Anfang, ein tiefes Verständnis für die heutige populistische Ära fehle noch. Der IfW-Forschungsbereich „Internationale Finanzmärkte und Global Governance“ beschäftigt sich mit dem Themenkomplex in dem Projekt „Populismus und wirtschaftliche Umbrüche seit 1870“, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird.



Vorteile des Welthandels über offene Grenzen sind empirisch gut belegt. Das IfW erforscht aber auch die negativen Nebeneffekte globaler Warenströme und entwickelt Vorschläge, wie dem zu begegnen ist.

© Helmut Jungclauss

Welthandel braucht soziale Leitplanken

Ein Instrument populistischer Politik sind die „My-country-first“-Strategien, die in immer mehr Ländern propagiert werden und die eine Diskussion um die Offenheit des Welthandels entfacht und Handelskriege ausgelöst haben. In öffentlichen Stellungnahmen und wissenschaftlichen Arbeiten haben IfW-Expertinnen und Experten immer wieder die Vorteile offener Handelsgrenzen hervorgehoben, die theoretisch und empirisch gut belegt sind. Unbestritten sind aber auch negative Nebeneffekte des globalen Handels, mit denen Gesellschaften und die Politik umgehen müssen. Auch diese Effekte werden vom IfW erforscht und Vorschläge entwickelt, wie ihnen zu begegnen ist.

Ein zentrales Projekt dafür ist das „Kiel Centre for Globalization“ (KCG), ein sogenannter Leibniz-Wissenschaftscampus, in dem Forscherinnen und Forscher ihr Augenmerk auf internationale Lieferketten und deren nachhaltige Gestaltung legen. Unter anderem beschäftigen sie sich dort mit der Frage, wie länder-

übergreifende Investitionen internationaler Konzerne so gestaltet werden können, dass sie in den Zielländern in einer ganzheitlichen Sicht nachhaltig wirken. Prinzipiell werden solche Investitionen als positiv eingeschätzt, weil die Konzerne neben Wachstum auch Know-how mitbringen und entgegen der häufig von Globalisierungsskeptikern geäußerten Kritik oft umweltfreundlichere und sozial nachhaltigere Standards setzen. Allerdings kommt es oft auch zu negativen Nebeneffekten wie der wettbewerblichen Verdrängung heimischer Firmen. „Regierungen von Empfängerländern müssen sich dessen bewusst sein und sorgfältig abwägen, was sie als optimales Niveau ausländischer Direktinvestitionen in ihrer Wirtschaft ansehen“, schreibt KCG-Leiter Holger Görg. (s. Seite 12)

IfW-Präsident Dennis Snower wies in Gastbeiträgen unter anderem darauf hin, dass offener Welthandel nur dann Akzeptanz finde, wenn er sozialpolitisch flankiert und sich um die Verlierer gekümmert werde: „Europäische Staaten sollten Beschäftigte in den ver-



© Garry Knight

lierenden Sektoren großzügig durch Beschäftigungs-, Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen unterstützen, damit sie Stellen in vielversprechenderen Branchen finden.“ Die Debatte über Handel etwa mit den USA sollte sich daher nicht auf Vergeltung im Handelskrieg fokussieren, sondern auf sinnvolle Bildungs- und Fortbildungskonzepte in einer globalisierten Welt.

Der neue IfW-Präsident Gabriel Felbermayr hat angekündigt, das IfW werde seine Forschungs- und Beratungsprojekte zum internationalen Handel deutlich ausbauen.



Syrische Flüchtlinge in der Türkei: Die Forscherinnen und Forscher im IfW-Projekt MEDAM empfehlen der EU, vor allem eng mit Ländern zu kooperieren, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen wie die Türkei, Jordanien und der Libanon.

Politik hat Spielraum in Fragen der Migration

Auch die Debatte um Migration hat sich 2018 unvermindert fortgesetzt – nicht nur in Deutschland und Europa, sondern auch in anderen Teilen der Welt. Als federführendes Institut im Projekt MEDAM (Mercator Dialogue on Asylum and Migration) fokussiert sich das IfW auf Analysen und Lösungsvorschläge für die Situation in Europa. Die Forscherinnen und Forscher empfehlen der EU ein System der „flexiblen Solidarität“, in dem die Länder Europas gemeinsam, aber in unterschiedlicher Weise zur Lösung der Migrationsprobleme beitragen. Dabei müsse die EU vor allem auch mit Ländern kooperieren, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen wie die Türkei, Jordanien und der Libanon.

Neben der Flüchtlingsmigration infolge von Konflikten ist irreguläre Migration aus Afrika mittel- bis langfristig die wichtigste Herausforderung für die EU. „Die wirtschaftlich motivierte irreguläre Zuwanderung



nach Europa – etwa aus Westafrika über Libyen nach Italien – lässt sich nur gemeinsam mit den Herkunfts- und Transitländern steuern. Lösungen sind möglich durch internationale Partnerschaften und gemeinsam wahrgenommene Verantwortung – nicht durch Ausschluss und Festungsbau“, schreibt Matthias Lücke, wissenschaftlicher Kodirektor von MEDAM am IfW.

Die EU-Mitgliedsstaaten führen weiterhin erhitzte Debatten über die Reform des Asylsystems. Für die Politik ist es dabei wichtig, die Präferenzen der hiesigen Bevölkerung zu verstehen. Mit deren Einstellungen zu Flüchtlingen und anderen Zuwanderern befassen sich die Forscherinnen und Forscher in mehreren Forschungsansätzen. Erstaunliche Ergebnisse haben unter anderem die IfW-Forscher Esther Ademmer und Tobias Stöhr anhand von Umfragedaten aus 13 EU-Mitgliedsstaaten im MEDAM-Projekt ermittelt: Die Europäer bewerten die Auswirkungen der Einwanderung auf ihr Land positiver als noch 2002. „Der Ruf nach Abschottung mag lauter geworden sein, doch er spiegelt nicht die gesamte Bandbreite der öffentlichen Meinung wider“, so Ademmer. „Die Daten weisen stark darauf hin, dass eine bedeutende Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern eine Migrationspolitik unterstützen würde, die nicht ausschließlich darauf abzielt, Zuwanderung zu unterbinden. Das bietet der Politik einen erheblichen Handlungsspielraum für gemeinsame europäische Maßnahmen, um mit den aktuellen Herausforderungen effektiv umzugehen“ (s. Seite 34).

Risiken in der EU bestehen fort

Wie unter einem Brennglas fokussieren sich viele Probleme der Globalisierung innerhalb der EU. Der Brexit, Italiens Wirtschaftskrise und Gelbwesten-Proteste sind Symptome der Herausforderungen, vor denen die Union steht. „Die EU muss ihren Mitgliedern mehr bieten als nur das Versprechen möglichen Wohl-

stands, basierend auf freien Märkten und internationaler Wettbewerbsfähigkeit“, sagte IfW-Präsident Dennis Snower. Wichtig sei eine europäische Identitätsbildung, die auf zwischenmenschlichen Beziehungen sowie einer gemeinschaftlichen Vergangenheit und Zukunft basiere. Nur dann wachse die Bereitschaft im Wahlvolk, dass Länder sich gegenseitig unterstützen.

Skeptisch sehen die Experten des IfW weiterhin die Lage in Italien, dem größten Krisenherd in der Eurozone. Italiens Schuldenfähigkeit sei zwar kurzfristig trotz hoher Schuldenquote und steigender Risikoaufschläge auf Staatsanleihen nicht gefährdet. In der mittleren Frist könnten jedoch Finanzierungsprobleme entstehen, wenn eingetübte Wachstumsaussichten den Gestaltungsspielraum der Regierung zusätzlich belasten würden, schrieben David Benček und Klaus Schrader in einem Policy Brief. Italien wachse seit den neunziger Jahren langsamer als der EU-Durchschnitt, da inzwischen auch der „reiche Norden“ seine Rolle als Wachstumsmotor eingebüßt hat. Dem könne nicht mit staatlichem Konsum, sondern nur mit Strukturreformen entgegen gewirkt werden. Ulrich Stolzenburg aus dem IfW-Prognosezentrum warnte: „Italiens Staatsfinanzen verkraften weder eine geldpolitische Normalisierung bei gleichbleibenden Risikoaufschlägen noch deren weiteren spürbaren Anstieg.“

Auch die Unsicherheit über den Ausgang des Brexit prägte die Diskussion über die Zukunft der EU im Jahr 2018. „Sie wird selbst dann groß bleiben, wenn es noch gelingt, einen Vertrag zur gütlichen Trennung zu schließen. Denn dieser bedeutet im Wesentlichen, dass sich kurzfristig wenig ändert, die genaue Ausgestaltung der zukünftigen Regelungen aber noch ausgehandelt werden muss“, schrieb das IfW-Prognosezentrum in seinem Ausblick. Die Unsicherheit werde die Investitionsneigung dämpfen, mit negativen Folgen für Inflation, Realeinkommen und Konsum in Großbritannien.

Jugendtreffen im Europäischen Parlament in Straßburg: Innere Konflikte und äußere Bedrohungen setzen die EU unter Druck. Die Stärkung der europäischen Identität kann helfen, Konflikte zu verringern.

Größere Schritte für Klimaschutz nötig

Die internationale Klimaschutzpolitik erhielt 2018 zusätzliche Dämpfer durch die Wahl des neuen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro, der ihr skeptisch gegenübersteht. Dennoch gingen die Bemühungen um internationale Regeln auf dem Klimagipfel COP24 im polnischen Kattowitz weiter. Wilfried Rickels und Christine Merk aus dem IfW-Forschungsbereich Umwelt und natürliche Ressourcen wiesen anlässlich des Gipfels darauf hin, dass neben einer Reduktion der Treibhausgasemissionen dringend die Erforschung und Erprobung negativer Emissionstechnologien, die der Atmosphäre CO₂ entziehen, auf die internationale Agenda müssten. Nur mit Hilfe solcher Technologien und Eingriffe in den heutigen klimaschädlichen Lebensstil lasse sich das 1,5°C-Ziel erreichen. „Wer glaubt, dass uns noch 10 bis 20 Jahre bleiben, um den klimapolitischen Hebel umzulegen, ignoriert die Fakten“, schrieb Rickels, der in einem Arbeitspapier mit Merk und anderen Forschern darlegte, wie Schätzungen des verbleibenden CO₂-Budgets über die Herausforderungen in der Klimapolitik hinwegtäuschen. Merk verwies auf einen blinden Fleck in den Klimaschutzbemühungen: „Im Vergleich zum Energie- oder Verkehrssektor ist die Bereitschaft, Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft zu reduzieren, noch geringer.“

„Unsere Mission: Globalisierung verstehen und gestalten“, lautete die Überschrift einer Selbstdarstellung des Instituts anlässlich seiner Evaluierung durch die Leibniz-Gemeinschaft im Herbst 2018. Die rasanten globalen Veränderungen zeigen, dass diese Mission aktueller denn je ist.

Die Klimaforschung ist skeptisch, ob sich das Abschmelzen des ewigen Eises noch stoppen lässt. IfW-Untersuchungen kommen zu dem Schluss, dass Technologien zum Entzug von CO₂ aus der Atmosphäre zu wenig Aufmerksamkeit zukommt.



GLOBAL SOLUTIONS – PLÄDOYERS FÜR DEN MULTILATERALISMUS

Nach dem Auftakt 2017 hat sich der Global Solutions Summit in Berlin 2018 bereits als wichtiger Meilenstein auf dem Weg zum G20-Gipfel etabliert. Entscheiderinnen und Entscheider aus Wirtschaft, Politik, internationalen Organisationen und anderen gesellschaftlichen Gruppen diskutierten Lösungsvorschläge für globale Probleme. Die Bundesregierung zeigte besonders großes Interesse.

Wenn man nicht hier ist, muss man sich ja fragen lassen, ob man noch im Amt sei“, sagte Bundesaußenminister Heiko Maas scherzhaft zum Auftakt seiner Rede auf dem Global Solutions Summit. Er spielte damit auf die hohe Präsenz der Bundesregierung an – angeführt von Angela Merkel. Die Bundeskanzlerin betonte in ihrer Rede: „Wir sind überzeugt, dass globale Herausforderungen am Ende nur global gelöst werden können. Treffen wie der Global Solutions Summit sind deshalb wichtiger denn je.“

„Die thematischen Arbeitsgruppen (Task Forces) innerhalb der T20 haben wieder hervorragende Arbeit geleistet und mit einer Reihe von Lösungsvorschlägen die inhaltliche Grundlage für den Global Solutions Summit gelegt“, sagte Dennis Görlich, der für das Institut für Weltwirtschaft die Programmkoordination des Summit leitet. „Es ist erfreulich zu sehen, dass internationale Forschungsinstitute und Think Tanks für globale Themen unseren jährlichen Summit in Berlin jetzt fest auf ihrer Agenda haben.“

Snower: Lösungen und Narrative notwendig

Dennis Snower, Präsident des IfW und der Global Solutions Initiative, hob auf dem Summit hervor, dass Alleingängen und Populismus in der globalen Zusammenarbeit nur begegnet werden könne, wenn die G20 und vergleichbare Plattformen auch die soziale Entwicklung von Gesellschaften auf die Agenda nähmen. Die G20 müssten Schritte unternehmen, um fragmentierte Gesellschaften zusammenzubringen, indem der wirtschaftliche und soziale Fortschritt wieder miteinander gekoppelt werden. „Dabei müssen von den G20 nicht nur konkrete Handlungsempfehlungen zur Lösung globaler Probleme entwickelt werden, sondern auch entsprechende Narrative, die Bürger motivieren, diese Empfehlungen anzunehmen“, sagte Snower. Damit der Multilateralismus gesellschaftlich akzeptiert werde, müssten die Menschen überzeugt werden, dass die gemeinsame Lösung grundlegender globaler Probleme ihnen zugute komme.

Die Bundeskanzlerin unterstrich die Bedeutung des Multilateralismus, um in einer global vernetzten Welt Probleme zu lösen. Als ein ungelöstes Problem nannte sie den Umgang mit Personendaten in der digitalisierten Welt: „Die Bepreisung von Daten, besonders die der Konsumenten, ist aus meiner Sicht das zentrale Gerechtigkeitsproblem der Zukunft“, sagte Merkel. Dass Verbraucher ihre Daten unentgeltlich hergeben und damit an anderer Stelle Milliarden Gewinne erzielt werden, sei eine problematische Entwicklung. Sie forderte die Wissenschaft auf, Lösungsvorschläge zu entwickeln. Diese Äußerungen lösten eine breite Medienresonanz aus.

Im Mittelpunkt des Summit standen wieder die Lösungsvorschläge internationaler Think Tanks aus den G20-Ländern, die jedes Jahr der jeweiligen G20-Präsidentschaft als Think 20 (T20) beratend zur Seite stehen. 2018 führte Argentinien die G20, weshalb die argentinischen Think Tanks CARI und CIPPEC wesentlich an der Programmgestaltung mitwirkten und mit Delegationen nach Berlin anreisten. Themen waren unter anderem die Zukunft der Arbeit im digitalen Zeitalter, Klimaschutz und die Bedeutung von Infrastruktur für die Entwicklung von Ländern, Ernährungssicherheit und nachhaltige Landwirtschaft, ökonomische Gleichberechtigung der Geschlechter sowie sozialer Zusammenhalt, Global Governance und die Zukunft der Politik.

IfW-Präsident Dennis J. Snower überreicht Bundeskanzlerin Angela Merkel das erste „Global Solutions Journal“ mit Politikempfehlungen zu globalen Problemen.



© Global Solutions / Tobias Koch



Auf dem Global Solutions Summit in Berlin präsentieren die Arbeitsgruppen des Think Tank-Netzwerks T20 ihre Lösungsvorschläge für Probleme der G20 und tauschen sich mit Praktikern aus Politik und Wirtschaft aus. Das IfW ist Programmkoordinator des Summit.

© Global Solutions / Tobias Koch

Scholz verlangt Kampf gegen Steuerflucht

Bundesfinanzminister Olaf Scholz nannte ebenfalls die Digitalisierung und die Akzeptanz der Globalisierung als zentrale Herausforderungen. Einen Beitrag dazu könne der Kampf gegen internationalen Steuerbetrug, Steuerdumping und Steuervermeidung ebenso wie gegen anonyme Unternehmensgründungen in Steueroasen leisten. „Wir müssen den Unternehmen und den Bürgern, die zuverlässig ihre Steuern zahlen, zeigen, dass Globalisierung kein Freibrief dafür ist, sich den Pflichten des Gemeinwesens zu entziehen.“

Neben Merkel, Maas und Scholz beteiligten sich aus der Bundesregierung Umweltministerin Svenja Schulze am Summit sowie aus den Landesregierungen Daniel Günther (Schleswig-Holstein) und Michael Müller (Berlin). Darüber hinaus brachten sich Repräsentanten mehrerer anderer Regierungen von G20-Ländern, die Nobelpreisträger George Akerlof und Edmund Phelps sowie Vertreter internationaler Organisationen wie der OECD, den Vereinten Nationen und der Weltbank in die Diskussionen ein.

Das IfW-Forschungsprojekt MEDAM zur europäischen Asyl- und Migrationspolitik stellte seinen jährlichen Assessment Report auf dem Global Solutions Summit vor. Darüber hinaus engagierten sich Forscherinnen und Forscher des IfW in den T20-Task Forces und moderierten Sessions auf dem Summit.

Fest zum Programm gehören auch die Young Global Changers. Über 120 junge Menschen aus allen Erdteilen kamen nach Berlin, um die nächste Generation der Problemlöser zu repräsentieren. Während des Summit und in einer eigens für sie veranstalteten Summer School entwickelten sie spezifische Ideen, wie

sich Politik, Ökonomie und Wirtschaft im Einklang entwickeln lassen.

Auch im März 2019 kommt der Global Solutions Summit in Berlin zusammen, um sich dann auf die Prioritäten der G20-Präsidentschaft Japans zu fokussieren und Lösungen vorzuschlagen. Neben zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern internationaler Think Tanks und Forschungsinstitute werden erneut die Bundeskanzlerin, weitere Kabinettsmitglieder und Vertreterinnen und Vertreter internationaler Regierungen und Organisationen erwartet.

„Wenn wir international kooperieren, ist unsere gemeinsame Zukunft vielversprechend. Wenn wir es nicht tun, beschwören wir eine große Reihe böser Geister herauf“, mahnte Dennis Snower die Summit-Teilnehmer.



VIDEOS: Stimmen und Eindrücke vom Global Solutions Summit – The World Policy Forum in Berlin am 28./29. Mai 2018.



GSI FOUNDATION GEGRÜNDET

Im Jahr 2018 entstand die Global Solutions Initiative Foundation als gemeinnützige GmbH, die vom Institut für Weltwirtschaft unabhängig ist und ihr Sekretariat an der Hertie School of Governance in Berlin hat. Ihr Präsident wird Dennis Snower bleiben, auch nach seiner Amtszeit als Präsident des Instituts für Weltwirtschaft. Die Stiftung wird als Veranstalter des Global Solutions Summit und damit verbundener Aktivitäten fungieren. Das Institut für Weltwirtschaft behält als wissenschaftlicher Koordinator eine zentrale Rolle im Global Solutions Summit und wird vor allem dessen Programm gestalten.

FORSCHUNG

Warum Ali alleine fahren muss und wer im Handelskrieg gewinnt...



In sieben Forschungsbereichen befassen sich über 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit zahlreichen konkreten Fragen unseres täglichen Zusammenlebens von A wie Arbeitsteilung bis Z wie Zuwanderung.

© IWW / Damiel Wolcke

DEUTSCHE DIREKTINVESTITIONEN IM AUSLAND: POSITIVE EFFEKTE AUF UNTERNEHMEN IM EMPFÄNGERLAND

Deutschlands anhaltend hohe **LEISTUNGSBILANZÜBERSCHÜSSE** stehen international in der Kritik. Der Vorwurf: Sie könnten die wirtschaftliche Entwicklung im In- und Ausland negativ beeinflussen. In einer aktuellen Studie zeigen wir hingegen, dass Unternehmen in Ländern, die Direktinvestitionen aus Deutschland bekommen – was saldenmechanisch den Leistungsbilanzsaldo erhöht –, davon profitieren, ihre Handelsaktivität steigern und dadurch wiederum den Überschuss reduzieren.

Einzelne Länder wie die USA, aber auch internationale Organisationen wie der IWF oder die Europäische Kommission sind laute Kritiker des deutschen Leistungsbilanzüberschusses. Während sich die öffentliche Diskussion meist um die Handelsbilanz dreht, bleibt dabei jedoch häufig unbeachtet, dass sich die deutsche Netto-Auslandsvermögensposition ebenfalls kontinuierlich erhöht hat. Hier spielen deutsche Direktinvestitionen im Ausland, die zwischen 2010 und 2016 von rund 771 Milliarden auf 1,1 Billionen Euro angestiegen sind, eine wichtige Rolle (Abbil-

beeinflusst wird. Dies hat positive Wachstumseffekte, die über die Effekte einheimischen Kapitals hinausgehen können.

Vor diesem Hintergrund untersucht eine aktuelle Studie des IfW im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen, welche Effekte die Aktivitäten deutscher multinationaler Unternehmen im Empfängerland haben. Dies wird mit unternehmensspezifischen Daten untersucht. Dabei gilt es, auf Unternehmensebene zwei Aspekte voneinander zu trennen. Zum einen stellt sich die Frage, inwieweit sich Töchter deutscher Unternehmen im Empfängerland von ausländischen Unternehmen aus anderen Ländern und von einheimischen Firmen unterscheiden. Hieraus ergeben sich die sogenannten „direkten Effekte“ ausländischer Investitionen, die Rückschlüsse darauf zulassen, ob Unternehmen im Empfängerland durch den Kapitalzufluss aus Deutschland zum Beispiel ihre Produktivität steigern können. Zum anderen wird untersucht, welche Auswirkungen die Präsenz deutscher Unternehmen auf einheimische Firmen im Empfängerland, die nicht direkt einen Kapitalzufluss erhalten, sondern in einheimischen Händen bleiben, hat. Diese Effekte werden in der Literatur meist als „Spillover-Effekte“ oder „indirekte Effekte“ bezeichnet.

Effekte auf Produktivität und Qualifikationsstruktur sowie Export- und Importaktivitäten im Fokus

Untersucht werden solche direkten und indirekten Effekte auf Produktivität und Qualifikationsstruktur in Unternehmen sowie deren Export- und Importaktivitäten. Die zentrale Prämisse ist, dass, falls deutsche Investitionen Effekte auf einheimische Unternehmen im Empfängerland haben, sich dies ebenfalls indirekt auf die Leistungsbilanz durchschlagen kann. Insbesondere wäre das der Fall für Effekte auf Exporte oder Importe, die die Leistungsbilanz durch die Handelsbilanz beeinflussen. Kommt es durch die ausländischen Investitionen zu verbesserter Produktivität oder zu einem höheren Qualifikationsniveau in einheimischen Un-

ternehmen, hat dies ebenfalls Implikationen, da diese Variablen sehr wichtige Determinanten der Handelsaktivität sowie der ausländischen Investitionstätigkeit von Unternehmen sind. Dies würde sich daher ebenfalls in der Leistungsbilanz widerspiegeln.

Die empirische Untersuchung basiert auf unternehmensspezifischen Daten für Frankreich. Der Fokus auf Frankreich hat mehrere Gründe. Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist es ein sehr wichtiges Fallbeispiel, da Frankreichs Präsident Emmanuel Macron einer der schärfsten Kritiker des deutschen Leistungsbilanzüberschusses ist. Aus forschungstechnischer Sicht ist Frankreich sehr gut geeignet, da es die notwendigen Daten für eine solche Analyse für die Forschung zugänglich macht.

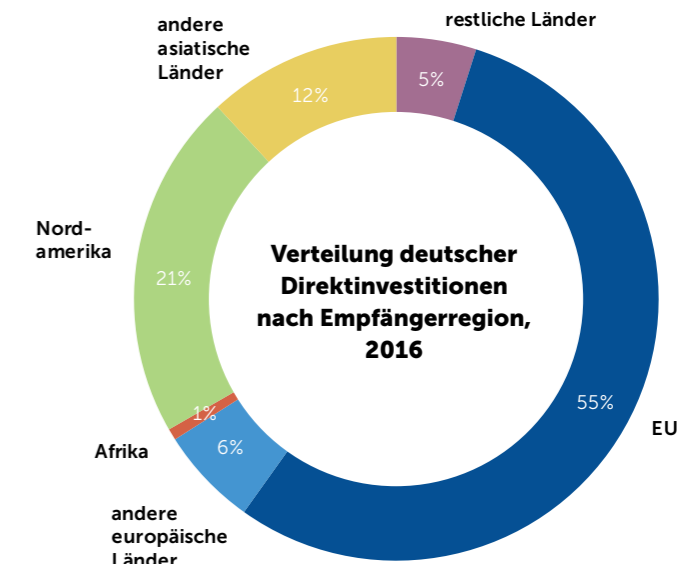
Für die Schätzungen der direkten Effekte werden Übernahmen von französischen Unternehmen durch ausländische Eigner analysiert und mit Übernahmen durch französische Firmen verglichen. Es zeigt sich, dass sich Unternehmensübernahmen durch deutsche Eigner weder in positiver noch in negativer Hinsicht in starkem Maße von einheimischen Unternehmen oder Übernahmen durch multinationale Unternehmen aus anderen Ländern, einschließlich der USA, unterscheiden.

Die Schätzungen der indirekten (Spillover-) Effekte zeigen, dass sich die Präsenz deutscher Unternehmen positiv auf Arbeitsproduktivität, Qualifikationsniveau sowie Export- und Importaktivität von einheimischen französischen Unternehmen in derselben Industrie auswirkt. Die Spillover-Effekte von deutschen Unternehmen auf Produktivität oder Qualifikationsstruktur erweisen sich dabei als überdurchschnittlich stark im Vergleich zu Unternehmen aus anderen Ländern.

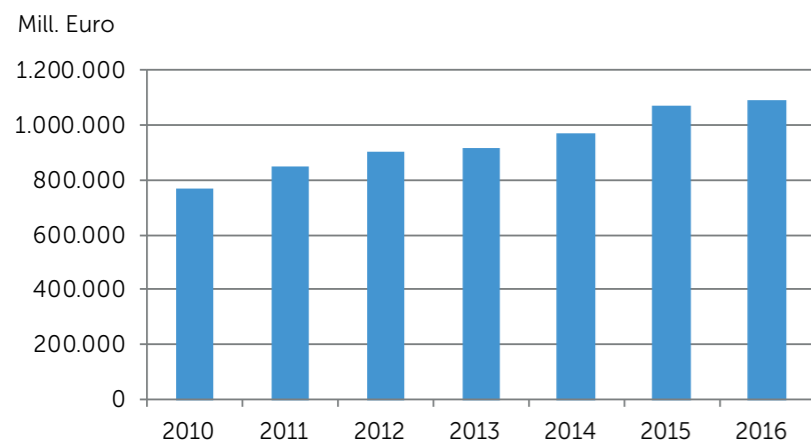
Insgesamt liefert die Studie zwei wirtschaftspolitisch relevante Ergebnisse. Zum einen haben deutsche Übernahmen von französischen Unternehmen im Durchschnitt keine negativen Auswirkungen auf Produktivität, Qualifikationsstruktur und Handelsaktivität der übernommenen Unternehmen. Zum anderen zeigt sich, dass sich die Präsenz deutscher Unternehmen positiv auf französische Unternehmen, die in derselben Industrie angesiedelt sind, auswirkt. Dies gilt sowohl hinsichtlich der Unternehmensproduktivität und Qualifikationsstruktur der Beschäftigten als auch der Export- und Importaktivität der Unternehmen. Der Effekt auf Exporte erscheint dabei stärker als der auf Importe.

Letzteres hat Implikationen für die Leistungsbilanz. Zwar erhöhen deutsche Direktinvestitionen im Ausland zuerst einmal den bestehenden Leistungsbilanzüberschuss der Bundesrepublik. Sie haben jedoch auch Implikationen für ausländische Unternehmen, die durch die Direktinvestitionen ihre Produktivität und damit auch ihre Handelsaktivität steigern. Dies kann den bestehenden Leistungsbilanzüberschuss reduzieren.

Die gesamtwirtschaftlichen Effekte von Direktinvestitionen mit Blick auf die Leistungsbilanz beleuchtet das Beratungshighlight auf den Seiten 28/29.



Bestand deutscher Direktinvestitionen im Ausland, 2010–2016



dung 1). Die wichtigsten Empfängerregionen waren im Jahr 2016 die EU, Nordamerika und Südostasien (Abbildung 2).

Während zunehmende Investitionen im Ausland saldenmechanisch den Leistungsbilanzsaldo erhöhen, haben diese Direktinvestitionen ebenfalls Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung in den Empfängerländern, da hier im Unterschied zu anderen Investitionsformen dem Ausland nicht nur finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, sondern zudem die dortige Kapitalintensität und die Unternehmenstätigkeit direkt

AUTOREN



Prof. Dr. Holger Görg
holger.goerg@ifw-kiel.de

Expertise

- Aktivitäten multinationaler Unternehmen
- internationales Outsourcing
- Exporte
- Angewandte Ökonometrie mit Mikro-level Panel Daten
- Effekte der Globalisierung



Léa Marchal, Ph.D.
lea.marchal@ifw-kiel.de

Expertise

- Migration
- Handel
- Mikroökonomie

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Fiedler, S., H. Görg, C. Hornok, N. Jannsen, S. Kooths, L. Marchal und G. Potjagailo (2018). Direktinvestitionen im Ausland – Auswirkungen auf die Deutsche Leistungsbilanz und Spillover-Effekte in den Empfängerländern. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik 16. IfW, Kiel.
- Girma S., Y. Gong, H. Görg, S. Lancheros (2015). Estimating Direct and Indirect Effects of Foreign Direct Investment on Firm Productivity in the Presence of Interactions between Firms. *Journal of International Economics* 95 (1): 157–169.

NATIONALE INNOVATIONSPOLITIK IN ZEITEN GLOBALER VERNETZUNG

Innovation und Technologie sind Schlagworte, die immer wieder fallen, wenn es um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands geht. Doch beides ist heute keine alleinige nationale Stärke mehr, sondern wird in zunehmendem Maße **NUR MIT PARTNERN AUF DER GANZEN WELT** erreicht. Mit der Fördermaßnahme „Internationalisierung von Spitzenclustern, Zukunftskonzepten und vergleichbaren Netzwerken“ will die Bundesregierung diesem Trend Rechnung tragen. Das IfW begleitet dieses Programm wissenschaftlich.

Der Wohlstand moderner, ressourcenarmer Volkswirtschaften hängt maßgeblich von deren Innovationsfähigkeit ab. Wie eng technologische Leistungsfähigkeit und Exporterfolg zusammenhängen, zeigt sich beispielsweise an der Entwicklung der deutschen Hightech-Exporte, deren Wert sich seit Mitte der 90er Jahre nahezu vervierfacht hat. Doch wie kann die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft langfristig gesichert werden, und welche Stellung soll Deutschland als Wissensgesellschaft im internationalen Vergleich in der Zukunft einnehmen?

Eine Entwicklung, die zunehmend bedeutsam wird, ist die fortschreitende Internationalisierung von Forschung und Entwicklung. Im Rahmen ihrer Internationalisierungsstrategie implementiert die deutsche Bundesregierung aktuell eine Politikmaßnahme, die mit InterSpiN abgekürzt wird, was für „Internationalisierung von Spitzenclustern, Zukunftsprojekten

und vergleichbaren Netzwerken“ steht. InterSpiN soll die stärkere Vernetzung deutscher Hochtechnologie-Regionen mit internationalen Partnerregionen fördern. Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) führt der Forschungsbereich Wissensakkumulation und Wachstum des IfW (gemeinsam mit dem Centre for Regional and Innovation Economics der Uni-

Lokale und internationale Vorteile kombinieren

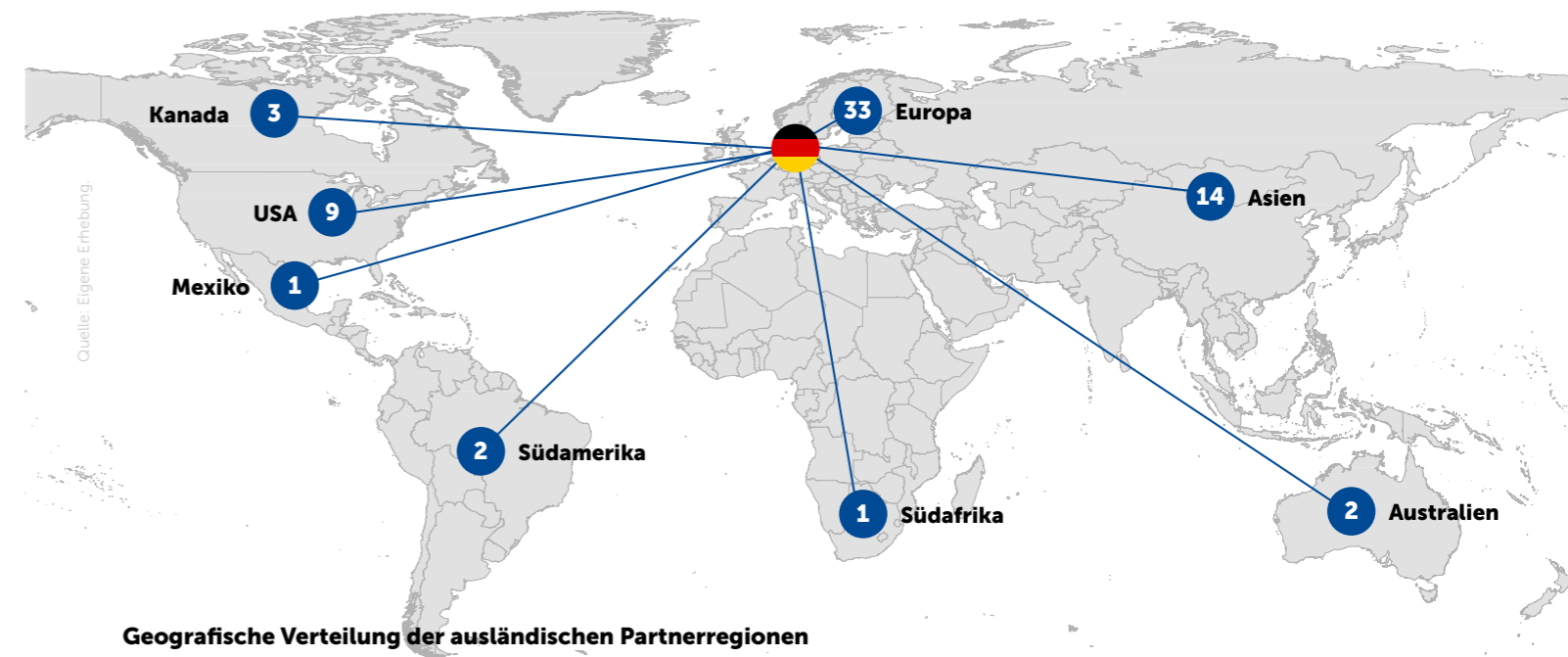
versität Bremen) die zentrale Begleitforschung zu dem Förderprogramm InterSpiN durch. InterSpiN hat experimentellen Charakter und ist in konzeptioneller Hinsicht höchst interessant, da hier durch die Einbindung internationaler Akteure in lokale Innovationsprozesse versucht wird, Lokalisierungsvorteile (räumlich begrenzte Wissensspillover) und Internationalisierungsvorteile (Zugang zu neuem Wissen und neuen Märkten außerhalb der eigenen Region) miteinander zu kombinieren. Erste Ergebnisse der Begleitforschung zeigen, dass die Maßnahme von den Akteuren gut angenommen wird und prinzipiell in der Lage ist, Innovations- und Internationalisierungshemmnisse gerade junger, wissensintensiver Unternehmen abzubauen (Dohse et al., 2018).

Beispiele für wesentliche Hemmnisse sind der Mangel an zuverlässigen und geeigneten Partnern im Ausland, Probleme bei der Anbahnung und Steuerung internationaler Aktivitäten oder kulturelle und sprachliche Barrieren. Indem die Clusterregionen zur Entwicklung einer ausgefeilten Internationalisierungsstrategie aufgefordert werden, gelingt es besser, eigene Stärken und Schwächen zu identifizieren und dabei Bereiche zu finden, in denen die internationale Zusammenarbeit besonders nützlich sein kann. Ausländische Investoren werden eher zur Zusammenarbeit mit Unternehmen neigen, wenn sie wissen, dass diese Unternehmen in eine erfolgreiche lokale Struktur mit ähnlichen Akteuren eingebettet sind. Zudem kann die Reputation der Region als Spitzencluster die häufig noch fehlende internationale Reputation gerade junger und kleiner Unternehmen – zumindest teilweise – kompensieren. Allerdings können nicht alle Probleme im Zusammenhang mit der Internationalisierung durch Clusterinternationalisierung gelöst werden. Beispielsweise müssen höhere politische Ebenen in der internationalen Handels- oder Innovationspolitik tätig werden, um regulatorische Markteintrittsbarrieren zu reduzieren.



© IfW / Robert Gold

Im September 2018 fand im Rahmen der InterSpiN-Begleitforschung ein internationaler wissenschaftlicher Workshop am IfW statt.



Geografische Verteilung der ausländischen Partnerregionen

Die richtige Partnerwahl im Ausland beeinflusst das ganze Cluster

Eine weitere zentrale Herausforderung besteht darin, für eine umfassende Verbreitung der Internationalisierungserfahrungen in den Regionen zu sorgen, um eine nachhaltige Internationalisierung zu gewährleisten, da jeweils nur ein sehr kleiner Teil der Clusterakteure eigene Fördermittel aus den F&E-Projekten erhält.

Entscheidend für den Internationalisierungserfolg ist die Auswahl geeigneter ausländischer Partner, der intensive Informationsaustausch innerhalb der Cluster und die Steigerung der internationalen Sichtbarkeit und Reputation. Wie aus der Abbildung hervorgeht, sind die Partnerregionen der deutschen Spitzencluster international weit verteilt, wobei ein großer Teil der Kooperationen innerhalb Europas, im asiatischen Raum und mit den USA stattfindet.

Ausländische Partnerregionen und Kooperationspartner sollten so ausgewählt werden, dass sie nicht nur einzelnen Unternehmen und Forschungseinrichtungen zugutekommen, sondern dem Cluster als Ganzes. Ob bestehende Partnerschaften ausgebaut oder gänzlich neue internationale Kontakte initiiert werden, hängt dabei von den konkreten Gegebenheiten und Bedarfen vor Ort ab. Daher dürfte der langfristige Erfolg von InterSpiN in den einzelnen Gewinnerregionen sehr unterschiedlich ausfallen.

AUTOREN



Prof. Dr. Dirk Christian Dohse
dirk.dohse@ifw-kiel.de

Expertise

- Innovation und Strukturwandel
- Technologiepolitik
- Internationalisierung von Forschung und Entwicklung
- Regionale Entwicklung
- Industrie- und Schwellenländer



Julian Vehrke
julian.vehrke@ifw-kiel.de

Expertise

- Innovation und Wachstum
- Internationalisierung von Forschung und Entwicklung
- Internationaler Handel und politische Ökonomie

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Dohse, D., D. Fornahl und J. Vehrke (2018). Fostering Place-Based Innovation and Internationalization—the New Turn in German Technology Policy. *European Planning Studies* 26 (6): 1137–1159. DOI: 10.1080/09654313.2018.1458285.

ALI VS. THOMAS – DEUTSCHE MITFAHRGELEGENHEIT BEVORZUGT

Deutsche fahren lieber mit Thomas, Michael oder Stefan als mit Ali, Mohammed oder Yusuf. Diese **ETHNISCHE DISKRIMINIERUNG** zeigt eine empirische Untersuchung von knapp 17.000 Fahrtangeboten innerhalb Deutschlands auf einer großen Onlineplattform: Mitfahrgelegenheitsanbieter mit deutschen Vornamen werden gegenüber Anbietern mit türkisch, arabisch oder persisch klingenden Namen – bei Vergleichbarkeit aller anderen beobachtbaren Charakteristika der Angebote – stark bevorzugt. Die Bereitstellung von zusätzlichen Informationen verringert die Ungleichbehandlung deutlich.

Mitfahrgelegenheiten sind, anders als herkömmliche Güter, Dienstleistungen mit sozialer Interaktion und bieten sich daher für diese Studie an. Vorurteile können bei sozialen Interaktionen eine wichtige Rolle spielen. Das zeigt sich in diesem Fall ganz deutlich: Personen mit türkisch, arabisch oder persisch klingendem Vornamen erhielten im Durchschnitt 13 Prozent weniger Klicks auf ihre Mitfahrangebote als Personen mit typisch deutschen Vornamen. Basierend auf einer Berechnung des Preiseffekts und des Diskriminierungseffekts müsste ein Anbieter mit deutlich identifizierbarem türkischen, arabischen oder persischen Vornamen, wie zum Beispiel „Ali“, seine Fahrt 4,20 Euro billiger anbieten als ein Anbieter mit einem typisch deutschen Vornamen, zum Beispiel „Thomas“, um dieselbe Anzahl an Interessenten zu erreichen. Dies entspricht bei einer durchschnittlichen Fahrt einem um 32 Prozent geringeren Preis. Bei Frauen ist der Diskriminierungseffekt tendenziell kleiner als bei Männern, für eine verlässliche Aussage ist die Anzahl an Fahrerinnen in unserer Untersuchung aber zu gering. Für unsere empirische Studie hatten wir im Juli 2015 Daten über insgesamt 16.624 reale Mitfahrgelegenheiten zwischen Städten in ganz Deutschland auf einer Onlineplattform für Mitfahrgelegenheiten gesammelt.

namen gibt. Unsere Untersuchung gibt einen wichtigen Hinweis darauf, dass Diskriminierung in vielen kleinen sozialen Interaktionen des täglichen Lebens weit verbreitet sein dürfte, insbesondere, weil das Ausmaß an Diskriminierung im Bereich der Mitfahrgelegenheiten, wo vornehmlich junge Menschen mit urbanem Hintergrund agieren, tendenziell geringer ausgeprägt sein dürfte als anderswo.

Insgesamt finden wir klare Evidenz für statistische ethnische Diskriminierung. Statistische Diskriminierung ergibt sich aus fehlender Information über einzelne Zugehörige einer bestimmten Gruppe: Wenn konkrete Informationen zu einer einzelnen Person fehlen, dann werden Vorurteile bezüglich der Gruppe aktiv. Offenbar werden auf Mitfahrgelegenheitsmärkten anhand des Vornamens Rückschlüsse auf wichtige Parameter des Fahrtangebots gezogen, solange keine spezifischen Informationen über das konkrete Angebot und den konkreten Anbieter verfügbar sind. Dies betrifft etwa die Sicherheit und die Frage, wie angenehm wohl die gemeinsam verbrachte Zeit auf engem Raum wird. Von einem türkisch, arabisch oder persisch klingenden Vornamen schließen manche Mitfahrerinnen und Mitfahrer anscheinend auf geringere fahrerische Fähigkeiten im deutschen Straßenverkehr und eine unangenehmere Gesellschaft, etwa aufgrund von Sprachbarrieren oder ungewohnte Musik während der Fahrt. Personen mit deutschem Vornamen scheinen dagegen einen Vertrauensvorsprung zu genießen.

Mehr (verpflichtende) Informationen können Abhilfe schaffen

Wird diese Informationslücke geschlossen, sinkt allerdings auch das Ausmaß der gemessenen ethnischen Diskriminierung. Gibt zum Beispiel „Süleyman“ in seinem Profil an, sich gerne während der Fahrt zu unterhalten, erhält er mehr Klicks auf sein Angebot als ohne diese Information. Offenbar wird von der Bereitschaft zum Gespräch auf gute Deutschkenntnisse geschlossen. Hat „Süleyman“ in seinem Profil bereits eine große

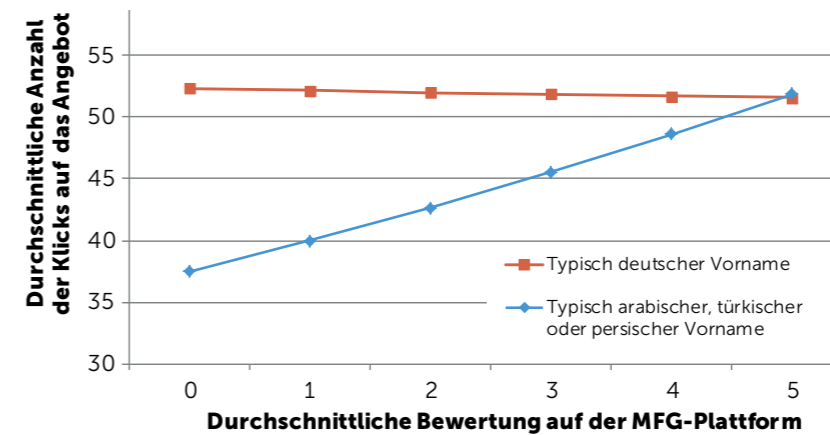
”

Unsere Studie zeigt, dass es bei Mitfahrgelegenheiten starke ethnische Diskriminierung von Personen mit türkisch, arabisch oder persisch klingenden Vornamen gibt.

Beleg für Alltagsdiskriminierung aufgrund von Vorurteilen gegen eine Gruppe

Unsere Studie zeigt, dass es bei Mitfahrgelegenheiten starke ethnische Diskriminierung von Personen mit türkisch, arabisch oder persisch klingenden Vor-

Quelle: Tjaden, Schwemmer, Khadjavi (2018).



Bewertung des Anbieters und Anzahl der Klicks
(Gruppen: typisch deutsche Vornamen und typisch arabische/türkische/persische Vornamen)

Anzahl sehr guter Bewertungen für die Qualität seiner Fahrten von bisherigen Mitfahrerinnen und Mitfahrern erhalten, und gibt er dazu noch Informationen über seine Fahrpraxis an, finden wir keine signifikante ethnische Diskriminierung mehr. Unsere Ergebnisse zeigen also, welche entscheidende Rolle Informationen dabei spielen, alltägliche Diskriminierung im sozialen Miteinander, wie wir sie bei Mitfahrgelegenheiten vorzufinden haben, zu überwinden.

Grundsätzlich zeigt unsere Studie auch, wie wichtig eine wirksame Anti-Diskriminierungs-Gesetzgebung ist, die auf diverse Onlineplattformen anwendbar sein könnte. Da die Online-Kommunikation üblicherweise eins zu eins stattfindet und nicht von Dritten überwacht wird, bleibt Diskriminierung auf Onlineplattformen vermutlich größtenteils unentdeckt. Auch die Betreiber von Plattformen stehen in der Pflicht, (ethnische) Diskriminierung zu verhindern. Eine Möglichkeit wäre, mehr Informationen zu Profilen und ex post-Bewertungen von Angeboten zu verlangen, damit Vorurteile abgebaut werden und alle Anbieterinnen und Anbieter mit guten Angeboten eine faire Chance auf Teilhabe am Marktgeschehen und letztlich auch am Alltagsleben haben können.

AUTOR



Prof. Dr. Menusch Khadjavi
menusch.khadjavi@ifw-kiel.de

Expertise

- Pro- und antisoziales Verhalten
- Extrinsische Anreize und intrinsische Motivation
- Private Bereitstellung öffentlicher Güter und Spendenverhalten

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Tjaden, J.D., C. Schwemmer und M. Khadjavi (2018). Ride With Me—Ethnic Discrimination, Social Markets, and the Sharing Economy. *European Sociological Review* 34: 418–432.

INTEGRIERTE BEWERTUNG (MARINER) NEGATIVER CO₂-EMISSIONEN

Das internationale **PARISER KLIMAZIEL**, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen, ist ohne den Einsatz von Technologien, die der Atmosphäre CO₂ entziehen, nicht mehr zu erreichen. Aber noch wissen wir wenig über die Effizienz dieser sogenannten negativen Emissionstechnologien. Wir überprüfen, ob aktuelle ökonomische Bewertungsmodelle die Wechselwirkungen mit anderen Klimaschutz-Maßnahmen adäquat abbilden, um auf dieser Basis Empfehlungen für eine optimale Klimapolitik abzuleiten.

Angesichts des nur noch sehr kleinen verbleibenden CO₂-Budgets erfordert ambitionierter Klimaschutz, dass zusätzlich zur CO₂-Emissionsvermeidung der Atmosphäre (netto) CO₂ entzogen wird. Diese sogenannten negativen Emissionen oder Carbon Dioxide Removal (CDR)-Aktivitäten würden jedoch das CO₂-Budget nicht linear vergrößern, da ihr Nettobeitrag stark von Rückkopplungs- und Sättigungseffekten im Kohlenstoffkreislauf beeinflusst wird.

Bisher beschränkte sich die Untersuchung dieser Effekte und damit des tatsächlichen Nettobeitrags der negativen CO₂-Emissionen hauptsächlich auf naturwissenschaftliche Aspekte wie die Reaktion von Wäldern oder den Ozeanen bei der Aufnahme von CO₂. Diese Untersuchungen können nur bedingt beantworten, wie sich das Vorhandensein von Rückkopplungs- und Sättigungseffekten im Kohlenstoffkreislauf auf optimale Klimapolitiken auswirkt.

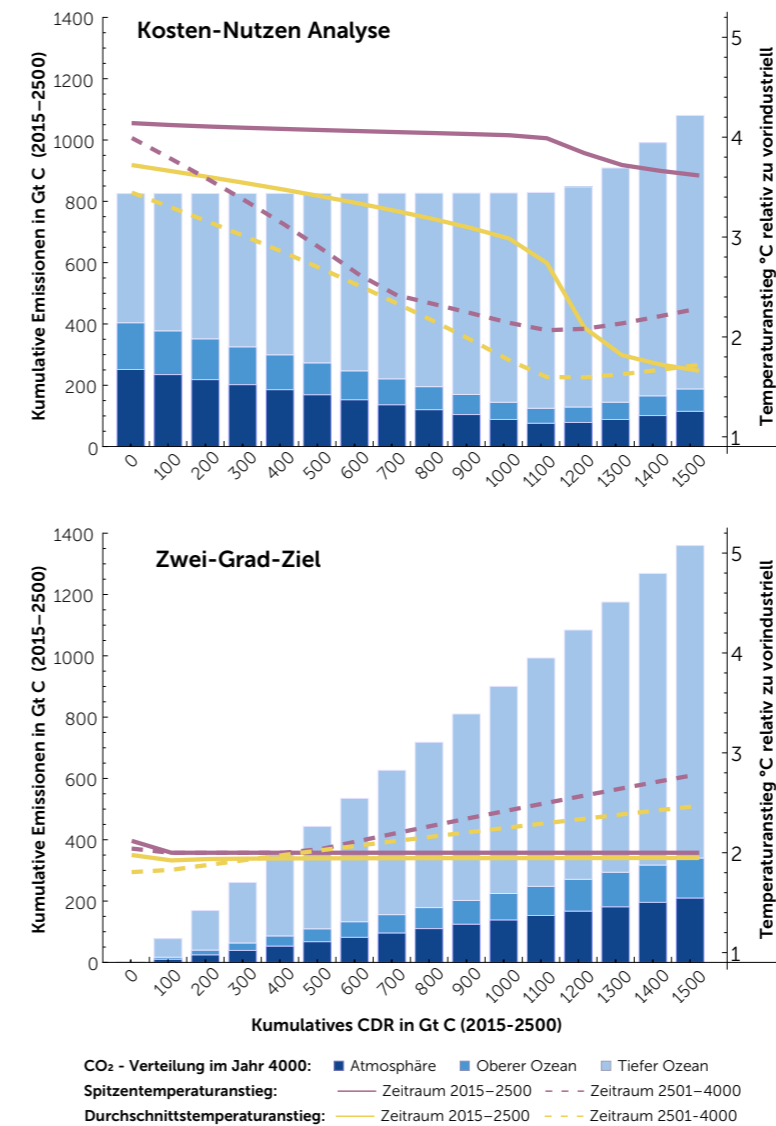
Wir untersuchen, wie gut diese Effekte in ökonomischen Modellen, die eine vereinfachte Abbildung des Kohlenstoffkreislaufs und des Klimasystems enthalten (sogenannte integrierte Bewertungsmodelle), abgebildet werden und welche Implikationen sich für die Klimapolitik ergeben (Rickels et al., 2018). Wir unterstellen eine marine Form des CDR, die Einleitung von CO₂ in den tiefen Ozean und analysieren die Qualität der Ergebnisse anhand des Bewertungsmodells von Wirtschaftsnobelpreisträger William Nordhaus (2017), DICE, in seiner neuesten Version. Im Fokus steht dabei insbesondere die Unterscheidung der Handlungsimplicationen für unterschiedliche Klimapolitiken: auf der einen Seite die Kosten-Nutzen-Analyse mit einem endogenen Ausmaß des Klimawandels (vereinfacht gesagt: Was kostet eine Maßnahme, und welche Effekte hat sie auf den Klimawandel). Auf der anderen Seite die Kosteneffektivitätsanalyse für ein exogenes Klimaziel, wie sie durch die Einhaltung des 2°C-Ziels gegeben ist (vereinfacht gesagt: Wenn das 2°C-Ziel vorgegeben ist, mit welchen Maßnahmen lässt es sich am günstigsten erreichen).

Wir zeigen, dass die Rolle von CDR in den verschiedenen Klimapolitiken sehr unterschiedlich ist. Während die Einhaltung des 2°C-Ziels eine signifikante CDR-Anwendung bereits vor dem Jahr 2050 erfordert, ist die Anwendung der CDR in einem Kosten-Nutzen-Rahmen eine langfristige Strategie, um die ansonsten recht langsame natürliche Reduzierung der atmosphärischen Kohlenstoffkonzentration nach dem Temperaturspitzenwert zu beschleunigen.

Die Anwendung von CDR für die Einhaltung des 2°C-Ziels geht einher mit einem starken Substitutionseffekt. Das heißt, es kommt zu einer geringeren Reduktion der konventionellen Emissionsvermeidung. In dieser Klimapolitik verlängert CDR vor allem die kurzfristigen Handlungsoptionen, da ohne CDR nur noch sehr kleine oder gar keine Emissionen in die Atmosphäre abgegeben werden können, wenn das 2°C-Ziel eingehalten werden soll. Im Rahmen der Kosten-Nutzen-Klimapolitik ist der Substitutionseffekt deutlich geringer, allerdings tritt dafür ein Klimawandel mit einem Temperaturanstieg deutlich über 3°C ein.

Generell gilt, dass das Ausmaß der Substitutionseffekte in den verschiedenen Klimapolitiken von der Modellierung der Rückkopplungseffekte im angewandten Kohlenstoffmodell abhängt. Für ein Modell, das einen eher langsamen Austausch zwischen Atmosphäre und Ozean unterstellt, ist marines CDR eine nahezu „perfekte“ Speicherung. Dies macht CDR sehr effektiv und führt wiederum zu einem starken Substitutionseffekt. Bei einem Kohlenstoffmodell, das einen schnellen Austausch zwischen Atmosphäre und Ozean unterstellt, wird marines CDR weniger effektiv, was zu einem schwächeren Substitutionseffekt führt. Die verminderte Wirksamkeit des marinen CDR führt jedoch zu zusätzlichen CDR-Aktivitäten, wenn CDR ausreichend billig ist. Es wird also zusätzliches CDR durchgeführt, um den natürlichen CO₂-Austritt aus dem Ozean in die Atmosphäre auszugleichen.

Der Vergleich der Ergebnisse zwischen dem integrierten Bewertungsmodell DICE und naturwissenschaftlichen Modellen zeigt, dass sich das Koh-



lenstoffmodell in DICE im Hinblick auf langfristige Rückkopplungs- und Sättigungseffekte deutlich verbessert hat.

Die langfristige Freisetzung von CO₂ aus der Tiefsee und die damit verbundenen Temperaturerhöhungen sind relativ gut erfasst. Allerdings geht die verbesserte Langzeitdynamik auf Kosten eines (zu) knappen kurzfristigen verbleibenden CO₂-Emissionsbudgets. Das bedeutet, dass für ambitionierte Klimaschutzziele wie das 2°C-Ziel die mit Hilfe von DICE abgeleiteten kurzfristigen Klimapolitiken zu restriktiv sind.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Untersuchung von (marinem) CDR in ökonomischen Modellen mit vereinfachter Abbildung des Kohlenstoffkreislaufs sowie des Klimasystems durchaus relevante Erkenntnisse liefert, da die optimale CDR-Menge zum einen unter der Berücksichtigung des Substitutionseffekts und zum anderen unter Berücksichtigung der Kompensation von Rückkopplungseffekten abgeleitet wird. Entsprechend ergibt sich eine realistischere Einschätzung für den zukünftigen Einsatz von negativen Emissionstechnologien, als er aus naturwissenschaftlichen Modellen abgeleitet werden kann.

CO₂-Verteilung und Temperaturanstieg

Dieses Ergebnis ist in der Abbildung zusammengefasst. Auf der horizontalen Achse ist die kumulative Menge von CDR angezeigt, auf der vertikalen Achse die kumulative Menge an CO₂-Emissionen. Man sieht, dass sich im Rahmen der Kosten-Nutzen-Analyse nur ein moderater Anstieg der Emissionen ergibt. Hier ist der Substitutionseffekt gering. Anders beim 2°C-Ziel, hier sehen wir einen steilen Anstieg der Emissionen und damit einen starken Substitutionseffekt: Je mehr CDR, desto mehr CO₂-Emissionen. Darüber hinaus zeigen die Säulen, wie sich das CO₂ langfristig (nach 4.000 Jahren) zwischen Atmosphäre, oberem und tiefem Ozean verteilt. Die Abbildung zeigt auch, wie sich die mittelfristige (durchgezogene Linie für den Zeitraum bis zum Jahr 2500) und langfristige (gestrichelte Linie für den Zeitraum ab dem Jahr 2500 bis zum Jahr 4000) Temperatur entwickelt (in Abhängigkeit der kumulativen CDR-Menge). Bei einer Kosten-Nutzen-Betrachtung wird CDR vor allem genutzt, um die Durchschnittstemperatur abzusenken. Die Spitzentemperatur wird kaum beeinflusst, weil CDR erst viel später eingesetzt wird. Wenn das 2°C-Ziel erreicht werden soll, wird CDR früher eingesetzt und die Spitzentemperatur eben auf diesen Wert begrenzt. Die langfristige Temperaturentwicklung zeigt, dass ein Teil des im tiefen Ozean eingelagerten CO₂ wieder in die Atmosphäre gelangt und entsprechend die Durchschnitts- und Spitzentemperatur bei großen kumulativen CDR-Mengen wieder etwas ansteigt.

AUTOR



Dr. Wilfried Rickels
wilfried.rickels@ifw-kiel.de

Expertise

- Climate Engineering (Klimasteuerung mit technischen Mitteln)
- Nachhaltige Bewirtschaftung der Meere

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Rickels, W., F. Reith, D. Keller, A. Oschlies und M. Quaas (2018). Integrated Assessment of Carbon Dioxide Removal. *AGU Earth's Future* 6: 565–582.
- Nordhaus, W.D. (2017). Revisiting the Social Cost of Carbon. *Proceeding National Academy of Sciences* 114: 1518–1523.

MEHR ODER WENIGER? DER EINFLUSS VON ENTWICKLUNGSHILFE AUF MIGRATION

Entwicklungshilfe ermöglicht es mehr armen Menschen, die Kosten einer Auswanderung zu finanzieren und erhöht dadurch die Zahl der Migranten – so lautet seit langem die vorherrschende Expertenmeinung. Unsere Forschung – im Rahmen des Projekts MEDAM (S. 34/35) – weist in die entgegengesetzte Richtung: Entwicklungshilfe kann ein **ANREIZ ZUM BLEIBEN** sein, wenn sie öffentliche Institutionen und Dienstleistungen verbessert.

Entwicklungshilfe wird von der Politik zunehmend als wesentlicher Bestandteil einer langfristigen Strategie zur „Fluchtursachenbekämpfung“ angesehen. In ihr, so die Hoffnung, liegt das Potenzial für neue Arbeitsplätze, qualitativ hochwertige Bildung und eine bessere öffentliche Infrastruktur. Infolgedessen werden die Zusagen zur Aufstockung der Entwicklungshilfe nun routinemäßig von Erklärungen begleitet, in denen es heißt, dass die Unterstützung der Entwicklungsländer ihren Bürgerinnen und Bürgern einen Anreiz gibt, zu Hause zu bleiben.

Strategische Änderung in der Entwicklungshilfe

In der Vergangenheit haben die Geberländer in der Regel mit zusätzlicher humanitärer Hilfe auf Flüchtlingsbewegungen reagiert. In jüngster Zeit jedoch hat sich der Schwerpunkt auf die langfristige Entwicklungshilfe verlagert, von der die Geber sich erhoffen, dass sie die Anreize für eine Auswanderung bzw. sekundäre Migration verringern würde. Dies wird durch die jüngsten EU-Abkommen mit dem Libanon, Jordanien und der Türkei, den wichtigsten Aufnahmeländern syrischer Flüchtlinge, verdeutlicht. In allen drei Ländern macht die langfristige Hilfe – insbesondere für die Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen – mehr als zwei Drittel der Geberzusagen aus. Unsere eigene empirische Forschung bestätigt für eine breite Stichprobe von Empfängerländern, dass die Geber nicht nur ihre Rhetorik, sondern auch ihr Verhalten geändert haben: Seit Anfang der 2000er Jahre haben höhere Zahlen von Binnenvertriebenen sowie Flüchtlingen in Erstaufnahmeländern zu höheren Zuweisungen von Entwicklungshilfe geführt (siehe Abbildung).

Entwicklungshilfe wirkt auf unterschiedlichen Kanälen

Die Auswirkungen dieser Änderungen in der Entwicklungspolitik auf die Migrationszahlen dürften jedoch deutlich geringer sein, als die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger zu glauben scheinen. Interessant ist hier ein Blick auf die unter-

schiedlichen Kanäle, über die Entwicklungshilfe die Migrationsentscheidungen beeinflusst: Entwicklungshilfe kann direkt Einkommen erhöhen oder die nichtmonetären Dimensionen des Wohlstands verbessern wie beispielsweise öffentliche Dienstleistungen in Empfängerländern oder beides gleichzeitig. Frühere Untersuchungen haben gezeigt, dass die Wahrscheinlichkeit für oder gegen eine Auswanderung mit der Qualität der heimischen Infrastruktur wie Gesundheitseinrichtungen, Schulen und anderer Institutionen eines Landes zusammenhängt. Entwicklungshilfe kann daher die Auswanderung aus ärmeren Ländern durch eine verbesserte Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur verringern.

Wenn die Hilfe jedoch in erster Linie das Einkommen erhöht, ist bei geringem Entwicklungsstand mit einem Anstieg der Migration zu rechnen, da sich mehr Menschen die damit verbundenen Reisekosten leisten können. Erst bei einem deutlich höheren Entwicklungsniveau sind steigende Einkommen ein Anreiz zum Bleiben: Das mögliche Einkommen im Ausland ist dann nur sehr geringfügig höher als zu Hause. Da die Schwelle, ab der sich das Verhältnis zwischen Einkommen und Migration umkehrt, in verschiedenen Studien auf etwa 8.000 bis 10.000 US-Dollar geschätzt wurde (Clemens und Postel, 2018), würden steigende Einkommen in der überwiegenden Mehrheit der Empfängerländer höchstwahrscheinlich zu höheren Auswanderungsraten führen, da das Einkommensniveau in diesen Ländern nicht über die Schwelle angehoben würde. Deshalb argumentieren Clemens und Postel, dass Entwicklungshilfe fast zwangsläufig dazu führen wird, dass mehr Menschen ihre Heimatländer verlassen, anstatt die Auswanderung zu reduzieren. Ihre Argumentation konzentriert sich jedoch zu sehr auf die Einkommensdimension.

Da die Auswirkungen von Entwicklungshilfe auf Migration unterschiedlich sind, je nachdem, ob Einkommen oder andere, nichtmonetäre Entwicklungsindikatoren verbessert werden, untersuchen wir in unserer Forschung die Relevanz dieser beiden Kanäle.

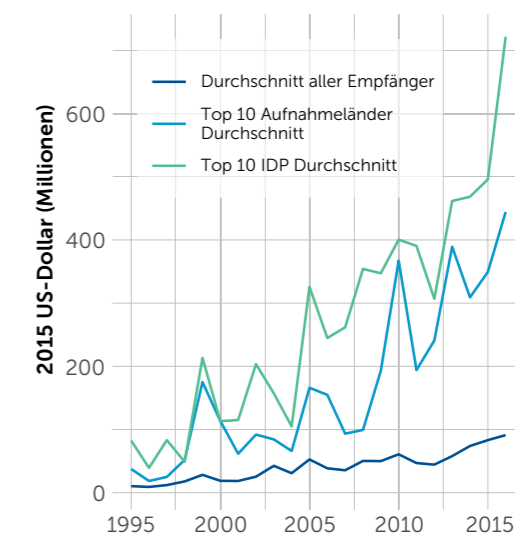
Dabei unterscheiden wir zwischen Entwicklungshilfe, die kurz- bis mittelfristig zu höheren Einkommen beitragen kann, und solcher, deren Einkommenswirkungen erst nach einem längeren Zeitraum eintreten. Maßnahmen, die zum Beispiel die Landwirtschaft durch besseres Saatgut oder Düngemittel effizienter machen, können schon nach einem oder zwei Jahren zu höheren Erträgen führen. Dagegen wirkt eine Verbesserung der sozialen Infrastruktur (Schulen, Kliniken) zuerst auf nichtmonetäre Dimensionen des Wohlbefindens, geht aber vielleicht erst nach einem Jahrzehnt mit steigenden Verdienstmöglichkeiten einher.

Die Verbesserung öffentlicher Institutionen und Dienstleistungen reduziert Migration in bescheidenem Umfang

Anhand einer Stichprobe von 25 Geber- und 129 Empfängerländern im Zeitraum von 2004 bis 2014 (und der Kontrolle einer Reihe anderer Determinanten der Migrationsentscheidung) stellen wir fest, dass Entwicklungshilfe, die nichtmonetäre Dimensionen des Wohlbefindens steigert, mit sinkenden Auswanderungsraten verbunden ist. Der Zusammenhang zwischen dieser Art von Entwicklungshilfe und reduzierten Migrationsraten gilt für eine Vielzahl von Leistungsverbesserungen, von besseren Schulen über sauberere Luft bis hin zu zuverlässigeren staatlichen Institutionen.

Unsere Ergebnisse scheinen daher die Ansicht der politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger zu unterstützen, dass Entwicklungshilfe ein geeignetes Instrument zur Verringerung von Migration sein kann. Es ist jedoch anzumerken, dass der Anstieg der Hilfen, der zu einer erheblichen Senkung der Auswanderungsraten führen würde, wahrscheinlich unrealistisch hoch sein müsste. Nach unseren Schätzungen würde selbst eine Verdoppelung dieser gezielt eingesetzten Entwicklungshilfe die Auswanderungsraten nur um relativ bescheidene 10 bis 15 Prozent senken. Darüber hinaus sollte das Hauptziel der Hilfe darin bestehen, die Entwicklung in den Empfängerländern zu fördern, unabhängig von den Auswirkungen auf die Migrationsentscheidung der Bevölkerung. Wenn einkommensschaffende Projekte wie die Bereitstellung von verbessertem Saatgut für Landwirte aus entwicklungspolitischer Sicht eine klare Priorität darstellen, ist es schwer zu argumentieren, dass sie nicht realisiert werden sollten, da ein kleiner Teil der Begünstigten auswandern könnte.

Geber reagieren vermehrt auf Flüchtlingsbewegungen



AUTOR



Prof. Dr. Rainer Thiele
rainer.thiele@ifw-kiel.de

Expertise

- Landnahmen in Afrika
- Allokation und Effektivität der Entwicklungszusammenarbeit

CO-AUTOR

Mauro Lanati, Research Fellow am Migration Policy Centre des Europäischen Hochschulinstituts und Forscher im MEDAM-Projekt

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Clemens, M.A., und H.M. Postel (2018). Detering Emigration with Foreign Aid: An Overview of Evidence from Low-Income Countries. *Population and Development Review*. Im Erscheinen.
- Lanati, M., und R. Thiele (2018). The Impact of Foreign Aid on Migration Revisited. *World Development* 111: 59–74.
- Lanati, M., und R. Thiele (2018). Foreign Assistance and Migration Choices: Disentangling the Channels. *Economics Letters* 172: 148–151.
- Lanati, M., und R. Thiele (2018). How Donors Respond to Refugee Movements. In: 2018 MEDAM Assessment Report on Asylum and Migration Policies in Europe.

WER GEWINNT IM HANDELSKRIEG?

Der drohende Handelskrieg zwischen der EU und den USA sowie der bereits bestehende Konflikt zwischen China und den USA sind derzeit in aller Munde. Eine aktuelle Studie des IfW analysiert die Verteilungseffekte eines solchen Handelskrieges und kommt zu dem Schluss, dass es durchaus Bevölkerungsgruppen geben kann, die **VON EINEM HANDELSKRIEG PROFITIEREN**. Trotzdem gibt es auch für diese Gruppen ökonomisch bessere Lösungen.

Aufgrund zahlreicher Handelsabkommen befinden sich die Zölle derzeit weltweit auf einem sehr niedrigen Niveau. So sind beispielsweise die durchschnittlichen Zölle zwischen den USA und der EU momentan unter zwei Prozent, und die Zölle zwischen den USA und China lagen bis vor kurzem bei drei beziehungsweise sechs Prozent. Generell gehen Ökonomen und Ökonomen davon aus, dass global gesehen der internationale Handel möglichst geringen Hindernissen unterliegen sollte, weil nur so Ressourcen- und Produktivitätsunterschiede optimal ausgenutzt werden können.

Für ein einzelnes Land gibt es jedoch einen starken Anreiz, Zölle zu erheben. Denn prinzipiell stellt ein Zoll nichts anderes dar als eine Steuer, die teilweise auf ausländische Produzenten abgewälzt wird. Das Land, das Zölle erhebt, generiert also Steuereinkommen, welches teilweise vom Ausland getragen wird. Der Haken an der Sache ist, dass das Ausland natürlich dieselben Anreize vorfindet, und wenn das Ausland ebenfalls einen Zoll erhebt, dann verschwindet der Vorteil (heimische Unternehmen zahlen nun Zölle im Ausland) und beide Länder stehen nun schlechter da als ohne Zölle – in der Spieltheorie nennt man diese Situation übrigens Gefangenendilemma. Das Beispiel illustriert die Attraktivität von Handelsabkommen, da sie für alle beteiligten Länder zu einer Steigerung der Wohlfahrt führen.

Handelsabkommen durch ihre Verteilungswirkung in der Kritik

Wodurch erklären sich dann aber die derzeitigen Widerstände gegen weitere Handelsabkommen und die aufkeimenden protektionistischen Tendenzen? Ein Erklärungsansatz liegt in den Verteilungswirkungen von Handelsabkommen. In einer früheren Studie wurde gezeigt, dass Handelsabkommen zu höherer Lohnungleichheit führen (Lechthaler und Mileva, 2013). Eine aktuelle Studie (Lechthaler und Mileva, 2017; 2018) befasst sich mit den Verteilungswirkungen von Handelskriegen.

Die aktuelle Studie basiert auf einem Modell, das die Ungleichheit zwischen hoch qualifizierten und niedrig qualifizierten Arbeiterinnen und Arbeitern abbilden kann sowie die Spezialisierung einzelner Länder

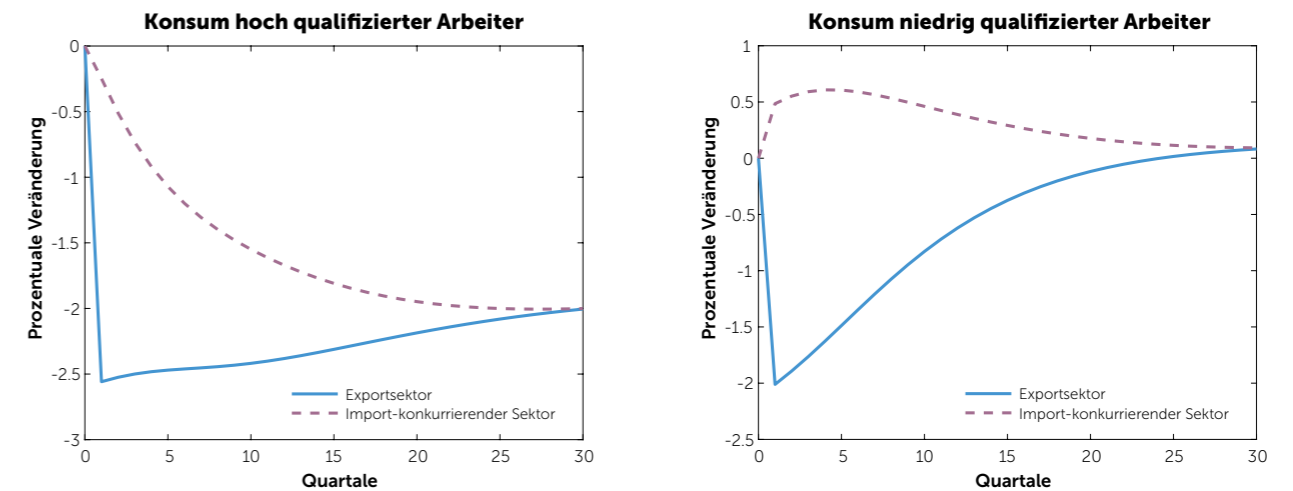
auf jene Bereiche, in denen sie über einen komparativen Kostenvorteil verfügen. Industrieländer spezialisieren sich demnach auf die Produktion in Sektoren, in denen hoch qualifizierte Arbeiterinnen und Arbeiter besonders wichtig sind. Ein Teil dieser Produktion wird exportiert – im Gegenzug werden Produkte importiert, für die beispielsweise Entwicklungsländer einen komparativen Kostenvorteil haben.

Die Abbildung zeigt die zeitliche Entwicklung des Konsums für vier verschiedene (heimische) Bevölkerungsgruppen bei einem Handelskrieg, also einem Szenario, in dem alle Länder ihre Zölle erhöhen (der Konsum ist das wohlfahrtsrelevante Maß, ist aber hauptsächlich durch die Lohnentwicklung getrieben). Es zeigt sich, dass die Auswirkungen erheblich divergieren. Hoch qualifizierte Arbeiterinnen und Arbeiter (linkes Bild) erleiden erhebliche Einbußen im Konsum, wohingegen niedrig qualifizierte Arbeiterinnen und Arbeiter (rechtes Bild) in der langen Frist nahezu keine Änderung erfahren. Der Grund für diese Entwicklung liegt in zwei Effekten. Auf der einen Seite reduziert der Handelskrieg natürlich den internationalen Handel, was zu einer ineffizienteren Produktion führt. Dies ist für beide Bevölkerungsgruppen schlecht. Auf der anderen Seite führt der Handelskrieg aber auch zu einer veränderten Produktionsstruktur. Die Spezialisierung auf den Exportsektor wird reduziert und die Produktion im import-konkurrierenden Sektor erhöht. Davon profitieren die Arbeiterinnen und Arbeiter, die in diesem Sektor besonders wichtig sind, und diese sind in aller Regel niedrig qualifiziert. Diese Arbeiterinnen und Arbeiter profitieren also von der Verschiebung der Produktion, was die Verluste durch den reduzierten Handel wieder wettmacht. Für hoch qualifizierte Arbeiterinnen und Arbeiter sind hingegen beide Effekte negativ und verstärken sich gegenseitig.

Nur eine spezifische Arbeitnehmergruppe profitiert

Die kurzfristigen positiven Effekte gelten allerdings nicht für alle niedrig qualifizierten Arbeiterinnen und Arbeiter: Die niedrig qualifizierten Arbeiterinnen und Arbeiter, die im import-konkurrierenden Sektor angestellt sind profitieren (gestrichelte Linie in der Abbildung), wohingegen die niedrig qualifizierten Arbeiter-

Veränderung des Konsums bei einem Handelskrieg



rinnen und Arbeiter im Exportsektor (durchgezogene Linie in der Abbildung) erhebliche Einbußen im Konsum erleiden. Der Grund hierfür liegt in der langsamen Reallokation der Arbeiterinnen und Arbeiter. Da der import-konkurrierende Sektor expandiert, müssen Arbeiterinnen und Arbeiter vom Exportsektor in den import-konkurrierenden Sektor wechseln. Dies kostet jedoch Zeit und Ressourcen, und somit entsteht in der kurzen Frist ein gewisses Überangebot an Arbeiterinnen und Arbeitern im Exportsektor, das zu Lohnverlusten führt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass es zumindest eine Gruppe an Arbeiterinnen und Arbeitern gibt, die von einem Handelskrieg profitieren würde – die niedrig qualifizierten Arbeiterinnen und Arbeiter in import-konkurrierenden Sektoren – und die daher protektionistische Maßnahmen politisch unterstützen könnte. Dass es eine Gruppe an Arbeiterinnen und Arbeitern gibt, die von einem Handelskrieg profitiert, heißt jedoch nicht, dass man einen solchen tatsächlich anzetteln sollte, um diese Arbeiterinnen und Arbeiter zu unterstützen – dazu ist diese Maßnahme ökonomisch einfach zu kostspielig. Lechthaler und Mileva (2014) zeigen hingegen, dass die Subvention von Ausbildungsmaßnahmen ein geeigneteres Mittel ist, um die Verlierer der Globalisierung zu unterstützen.

AUTOR



Wolfgang Lechthaler, Ph.D.
wolfgang.lechthaler@ifw-kiel.de

Expertise

- Makroökonomische Politik
- Anpassung an Handelsliberalisierung
- Arbeitsmärkte

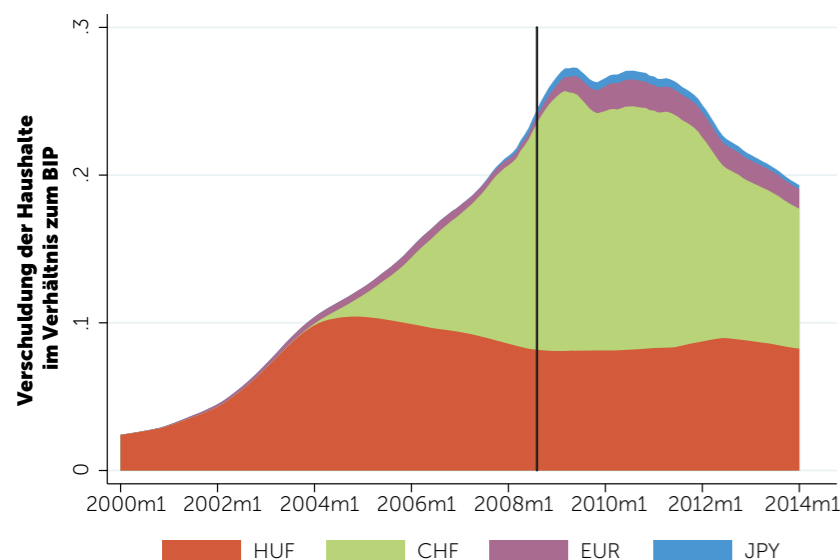
WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Lechthaler, W., und M. Mileva (2013): Trade Liberalization and Wage Inequality: New Insights from a Dynamic Trade Model with Heterogeneous Firms and Comparative Advantage. Kieler Arbeitspapiere 1886. IfW, Kiel.
- Lechthaler, W., und M. Mileva (2014): Smoothing the Adjustment to Trade Liberalization. Kieler Arbeitspapiere 1948. IfW, Kiel.
- Lechthaler, W., und M. Mileva (2017): The Dynamic and Distributional Aspects of Import Tariffs. Kieler Arbeitspapiere 2082. IfW, Kiel.
- Lechthaler, W., und M. Mileva (2018): Who Benefits from Trade Wars. *Intereconomics* 53 (1): 22–26.

WIE SCHULDNER ZU UNTERSTÜTZERN RECHTSEXTREMER PARTEIEN WERDEN

Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien profitieren von Finanzkrisen – das zeigen mehrere Studien der letzten Jahre. Warum das so ist und über welche genauen Kanäle die politischen Präferenzen wirken, ist allerdings noch nicht umfassend erforscht. Mithilfe der sogenannten **FREMDWÄHRUNGSKRISE IN UNGARN** zeigen wir, dass der Gläubiger-Schuldner-Konflikt ein wesentlicher Faktor für den Erfolg der extremen Rechten ist.

In den letzten zehn Jahren haben rechtspopulistische und teils rechtsextreme Parteien auf der ganzen Welt an Attraktivität gewonnen. Der Erfolg dieser Parteien hat die politische Unsicherheit erhöht und kann eine Bedrohung für wachstumsorientierte Prinzipien, beispielsweise Freihandel, darstellen. Bekannte Erklärungen für die zunehmende Abkehr vom Multilateralismus verweisen oft auf eine kulturelle Gegenreaktion gegen herrschende Eliten. Der Erfolg rechtspopulistischer Parteien nach der Finanzkrise 2008 deutet jedoch darauf hin, dass Erklärungen auch in einer erhöhten wirtschaftlichen Unsicherheit zu suchen sind. Auf Finanzkrisen folgen tendenziell eine zunehmende politische Polarisierung (Mian et al., 2014) und ein Anstieg des Stimmenanteils rechtsextremer Parteien (Funke et al., 2016). Dennoch gibt es nur begrenzt direkte Beweise dafür, dass finanzielle Notlagen Wahlerfolge am rechten Rand begünstigen, und die zugrunde liegenden Mechanismen sind noch nicht umfassend erforscht.



Wechselkursschock für mehr als 60 Prozent der verschuldeten Haushalte in Ungarn

Um dieses Thema weiter zu untersuchen, nutzen wir die sogenannte Fremdwährungskrise in Ungarn als natürliches Experiment. Vor der Finanzkrise nahmen viele ungarische Haushalte Kredite in Fremdwährung auf, während deutlich weniger Haushalte staatlich subventionierte Kredite in Landeswährung aufgenommen haben. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Verschuldung der Haushalte im Verhältnis zum BIP. Der ungarische Kreditboom begann mit der Einführung eines Zinsförderprogramms, das Ende 2003 wegen hoher Kosten zurückgefahren wurde. Zu dem Zeitpunkt startete der Boom der Fremdwährungskredite. Im Jahr 2008 waren mehr als 60 Prozent der Haushaltsschulden in Schweizer Franken denominated. Während der Wechselkurs vor der Krise stabil war, verlor die Landeswährung gegenüber dem Schweizer Franken zwischen September 2008 und der nationalen Parlamentswahl im April 2010 um die 23 Prozent. Abbildung 2 zeigt, dass parallel zur Währungsabwertung die Popularität der rechtsextremen Partei Jobbik (Movement for a Better Hungary) sprunghaft gestiegen ist, von 2,6 Prozent der Stimmen im Jahr 2006, auf 16,7 Prozent im Jahr 2010, bis hin zu weit mehr als 20 Prozent in 2014.

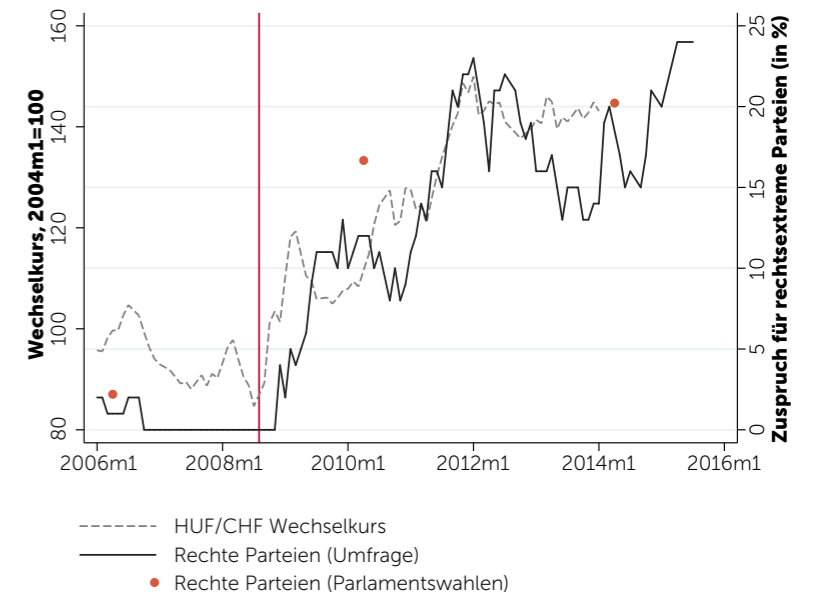
Der unerwartete und große Wechselkursschock während der Krise erhöhte die Schuldenlast der Fremdwährungskreditnehmer deutlich – nicht aber die der Schuldnerinnen und Schuldner, die Kredite in lokaler Währung aufgenommen hatten. Wir nutzen diesen sehr unterschiedlich ausfallenden Effekt des Wechselkursschocks, um die Auswirkungen des Schuldenschocks insgesamt auf die Wahlergebnisse zu untersuchen. Wir stellen fest, dass sich insbesondere in den Regionen (nach Postleitzahlen), in denen der Anteil an Fremdwährungskreditnehmern an der Bevölkerung hoch war, der Stimmenanteil der extremen Rechten deutlich erhöht hat. Die stark gestiegene Schuldenlast der betroffenen Haushalte erklärt rund ein Fünftel der zunehmenden Popularität der extremen Rechten.

Ausnutzen des Gläubiger-Schuldner-Konflikts

Um unsere Ergebnisse zu verifizieren, haben wir uns unterschiedliche Mechanismen, über die die finanzielle Not die politischen Präferenzen beeinflussen könnte, genauer angesehen. Wir zeigen, dass der Wahlerfolg der rechtsextremen Partei in vom Wechselkurschock stark betroffenen Regionen in erster Linie durch den Gläubiger-Schuldner-Konflikt getrieben wird. Diese Erklärung berücksichtigt die unterschiedlichen Ansichten der Gläubiger und Schuldner über die Lösung der Krise, die sich auch in politischen Präferenzen manifestiert. Schuldner bevorzugen Schuldenerlass und Umschuldung, während Gläubiger gegen diese Maßnahmen sind, da diese während einer Rezession für sie negative Konsequenzen haben können. Da es weniger Gläubiger gibt, können sich diese leichter organisieren als Schuldner und die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger besser beeinflussen. Populistische und extremistische Parteien könnten diese organisatorische Schwäche der Schuldner nutzen und sich gerade für eine schuldenfreundliche Politik einsetzen, um aus dieser Gruppe Wählerstimmen zu generieren.

Ein erster Anhaltspunkt für diese Hypothese sind die Wahlkampfprogramme der politischen Parteien. Die extreme Rechte in Ungarn forderte ein Entschuldungsprogramm, während andere politische Parteien sich entweder vage über mögliche Maßnahmen gegen die Fremdwährungsschuldenkrise äußerten oder diese in ihren Wahlprogrammen überhaupt nicht thematisierten. Zweitens analysieren wir, wie sich Arbeitslosigkeit und Ausfallraten bei Krediten in lokaler Währung auf den Stimmenanteil der Rechtsextremisten auswirken. Auch in diesen Fällen waren Menschen von der Schuldenkrise betroffen, es fehlte aber der Einfluss über den Wechselkursschock. In dieser Gruppe stellen wir dann auch keinen Einfluss auf den Wahlerfolg der rechtsextremen Parteien fest.

Diese Ergebnisse zeigen, dass es aus gesellschaftlicher und politischer Sicht gute Gründe für makroprudenzielle Politikmaßnahmen gibt, die dazu beitragen, risikoreiche Finanzierungen zu begrenzen wie beispielsweise Fremdwährungsaufnahmen von Haushalten ohne natürliche Absicherung gegen das Wechselkursrisiko.



AUTOR



Gyöző Gyöngyösi
gyozo.gyoengyoesi@ifw-kiel.de

Expertise

- Haushaltsfinanzierung
- politische Ökonomie
- Arbeitsökonomie

CO-AUTOR

Emil Verner, Massachusetts Institute for Technology, Sloan School of Management.

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Funke, M., M. Schularick und C. Trebesch (2016). Going to Extremes: Politics After Financial Crises, 1870–2014. *European Economic Review* 88: 227–260.
- Mian, A., A. Sufi und F. Trebbi (2014). Resolving Debt Overhang: Political Constraints in the Aftermath of Financial Crises. *American Economic Journal: Macroeconomics* 6 (2): 1–28.

BERATUNG

**Zahlen, Fakten, Handlungsempfehlungen –
die Forschung des IfW ist Basis für unsere
wirtschaftspolitische Beratung...**



Deutschlands Leistungsbilanzsaldo, Europas
Wirtschafts- und Migrationspolitik und die The-
men der G20 gehörten zu Schwerpunkten in den
Beratungsprojekten des IfW.

© IfW / De.net/wolke

LEISTUNGSBILANZ: WARUM DEUTSCHES KAPITAL INS AUSLAND FLIEßT

Die deutschen Auslandsinvestitionen, insbesondere die Direktinvestitionen, sind **BESSER ALS IHR RUF**. Die Kritik an deutschen Nettokapitalexporten im Zuge der Leistungsbilanzdebatte greift zu kurz: Weder sind die aus dem Auslandsvermögen zufließenden Erträge ursächlich für hohe Leistungsbilanzüberschüsse noch zeigt sich, dass die Anleger bei grenzüberschreitenden Investitionen die Rendite vernachlässigen.

Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss ist in den vergangenen 15 Jahren deutlich angewachsen und erreichte zuletzt im historischen wie auch im internationalen Vergleich Höchstwerte (Abbildung 1). Dieser Befund wird immer wieder als gesamtwirtschaftliches Ungleichgewicht kritisiert.

Die Kritik an den deutschen Leistungsbilanzüberschüssen verbindet sich typischerweise mit der Auffassung, dass deutsche Anleger ihr Geld im Ausland anlegen, obwohl die ausländischen Investitionen nur unzureichend verzinst würden. In einem Gutachten für das Bundesministerium der Finanzen zeigen Forscher aus dem Prognosezentrum, dass die Kapitalströme aus und nach Deutschland seit der Wiedervereinigung

durchaus im Einklang mit Renditegesichtspunkten standen. Etwa seit der Jahrtausendwende weisen deutsche Auslandsinvestitionen eine höhere Rendite auf als ausländische Investitionen in Deutschland (zuvor war es umgekehrt), und in zeitlicher Nähe dazu drehten sich die Kapitalströme von Nettozuflüssen in Nettoabflüsse um. Spiegelbildlich wurden in der Leistungsbilanz aus Defiziten Überschüsse. Dieser Zusammenhang kommt in der wirtschaftspolitischen Debatte häufig zu kurz.

Besonders deutlich zeigt sich die Umkehr des Renditevorsprungs bei den Direktinvestitionen. Das Argument einer unzureichenden Verzinsung des deutschen Auslandsvermögens, so dass Leistungsbilanzüberschüsse auch für Deutschland ein schlechtes Geschäft seien, lässt sich somit insbesondere für Direktinvestitionen nicht erhärten. Zugleich plausibilisieren die Ergebnisse des Gutachtens den Befund, dass die deutschen Nettokapitalexporte seit den frühen 2000er Jahren verstärkt über Unternehmen außerhalb der Finanzbranche abgewickelt werden, die in Summe seitdem hohe Finanzierungsüberschüsse aufweisen.

Die Forscher verglichen die Rendite deutscher Investitionen im Ausland mit der Rendite ausländischer Investitionen in Deutschland und bestimmten daraus entsprechende Renditedifferenziale (Abbildung 2). Gesamtwirtschaftlich zeigt sich tendenziell ein Gleichlauf von Renditeunterschieden und der Richtung der Nettokapitalströme. Bei Direktinvestitionen liegt der Renditevorsprung der Auslandsanlagen seit den 2000er Jahren bei knapp 2 Prozent. Deren Rentabilität dürfte sogar noch unterschätzt werden, da sich die Produktivitätseffekte von Direktinvestitionen makroökonomisch nicht vollständig erfassen lassen. So kann etwa der Aufbau eines Servicenetzes im Ausland die Profitabilität der auf Exportgüterproduktion ausgerichteten heimischen Kapazitäten erhöhen.

Insgesamt erwarten die Forscher mittelfristig weiterhin Renditevorsprünge von Auslandsanlagen und dementsprechend anhaltende Nettokapitalexporte aus Deutschland. Die damit verbundene Kaufkraftverlagerung in die übrige Welt hält die Finanzierung der deutschen Leistungsbilanzüberschüsse aufrecht, die daher zunächst fortbestehen dürften. Fließen Investi-

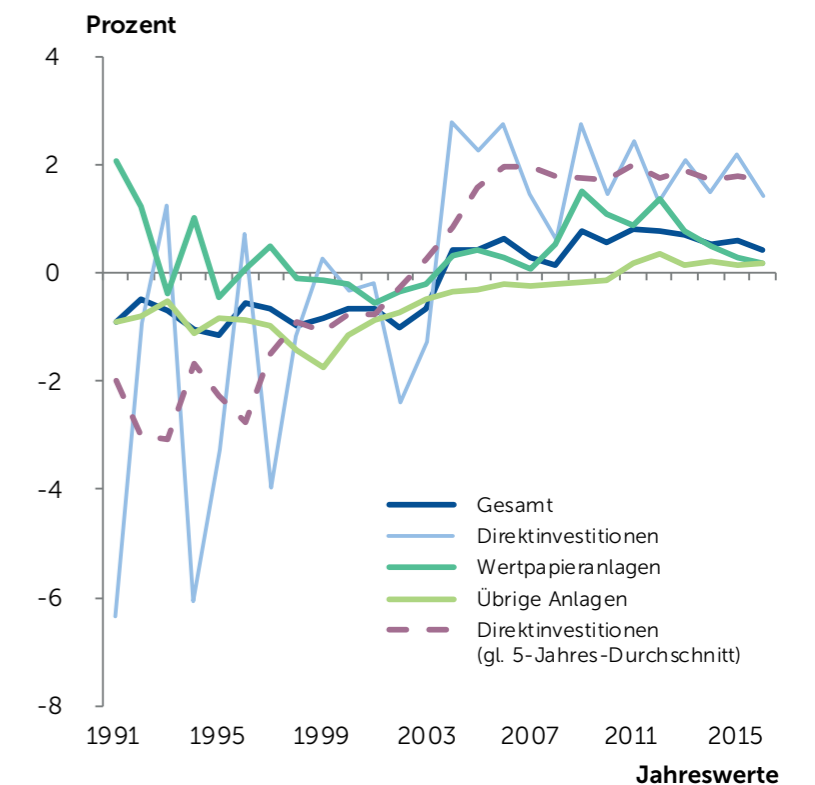
onen von Unternehmen und anderen Anlegern in jene Länder, wo die höheren Renditen zu erwarten sind, erhöhen sich dadurch das Bruttonationaleinkommen und somit auch die Konsummöglichkeiten sowohl in Deutschland als auch in der übrigen Welt. Daher besteht keine Interessenskollusion zwischen Kapitalexporturen und Kapitalimporteuren.

Neben den Überschüssen im Güterhandel schlagen im deutschen Leistungsbilanzüberschuss auch die grenzüberschreitend erzielten Nettovermögenseinkommen deutlich zu Buche. Diese beliefen sich im vergangenen Jahr auf über 2 Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung und machten somit ein Viertel des Leistungsbilanzüberschusses aus. Gut 70 Prozent davon entfielen auf Erträge aus Direktinvestitionen.

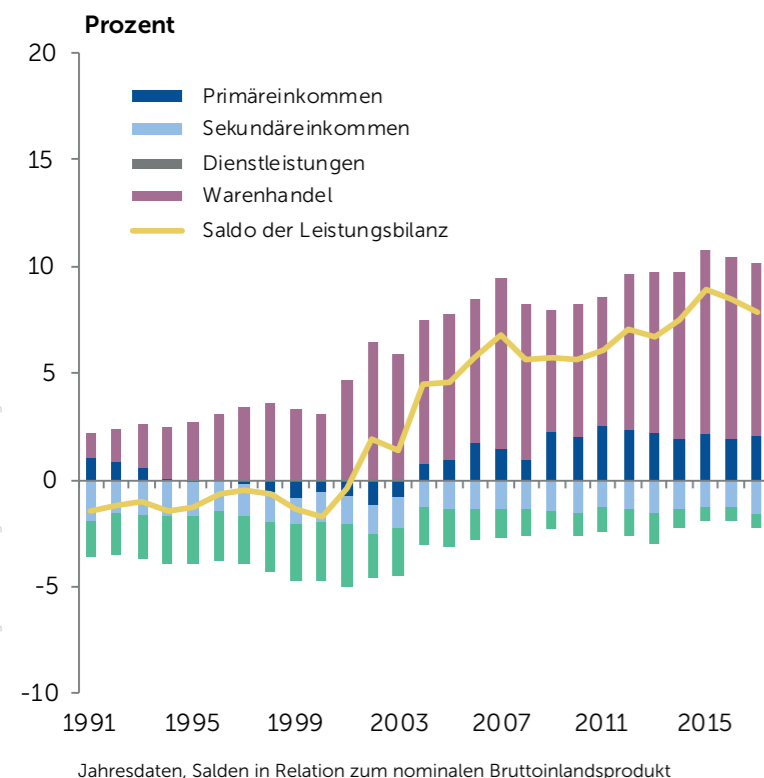
Einkommen aus Auslandsinvestitionen als Grund für den Leistungsbilanzüberschuss heranzuziehen, wie es zuweilen geschieht, ist allerdings falsch und wechselt Ursache und Wirkung. Vermögenseinkommen erhöhen den Leistungsbilanzsaldo nicht automatisch, sondern sie stehen zusammen mit dem im Inland erzielten Einkommen für Konsum und Sparen zur Verfügung. Nur wenn Auslandsanlagen eine entsprechende Rendite versprechen, fließen Einkommen aus dem Ausland als frisches Kapital auch wieder dahin zurück. Kurzum: Der Vermögenseinkommenssaldo zeigt die Ergebnisse von Investitionsentscheidungen der Vergangenheit, während sich im Leistungsbilanzsaldo die Erwartungen der Investoren mit Blick auf die Zukunft spiegeln.

Das Gutachten „Direktinvestitionen im Ausland – Effekte auf die deutsche Leistungsbilanz und Spillovers in den Empfängerländern“, ist als 16. Band der Schriftenreihe „Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik“ erschienen. Hierbei handelt es sich um eine Gemeinschaftsarbeit des Prognosezentrums, das die gesamtwirtschaftlichen Effekte mit Blick auf die deutsche Leistungsbilanz untersucht hat, mit dem Forschungsbereich „Internationale Arbeitsteilung“, der auf der Grundlage von Firmendaten Spillovers in den Empfängerländern bestimmt hat (vgl. Forschungshighlight S. 12/13). Die Deutsche Bundesbank hat das Beratungsprojekt durch Datenlieferungen, einen gemeinsamen Methodenworkshop und wichtige Anregungen unterstützt.

Einkommensrenditedifferenziale



Leistungsbilanzsaldo und Komponenten



Quelle: Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik und Auslandsvermögensstatus; eigene Berechnungen.

AUTORIN



Galina Potjagailo
galina.potjagailo@ifw-kiel.de

Expertise

- Internationale Makroökonomie
- Geldpolitik
- International Finance
- Angewandte Zeitreihenanalyse
- Dynamische Faktormodelle
- Strukturelle vektorautoregressive Modelle

CO-AUTOREN

Salomon Fiedler, Stefan Kooths und Nils Janssen,
Institut für Weltwirtschaft, Prognosezentrum.

SCHÄTZUNG DES PRODUKTIONSPOTENZIALS: IFW ANALYSIERT EU-VERFAHREN UND ERARBEITET VERBESSERUNGSMÖGLICHKEITEN

Schätzungen des Produktionspotenzials und der Produktionslücke einer Volkswirtschaft sind von großer Bedeutung für die Wirtschaftspolitik, allerdings gerade am jeweils aktuellen Rand mit erheblicher Unsicherheit behaftet. In einem umfangreichen Forschungsgutachten für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie analysierte das IfW-Prognosezentrum das Schätzverfahren der EU-Kommission und erarbeitete konkrete **METHODISCHE VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE**.

Der Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten ist eine zentrale Größe der Konjunkturanalyse und für die darauf basierende Geld- und Finanzpolitik. So spielt der Auslastungsgrad eine wesentliche Rolle für den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt und für die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse. Allerdings lässt sich der Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten nicht direkt beobachten und wird daher üblicherweise mit Hilfe von statistischen Methoden geschätzt. Ein gängiges Maß ist die sogenannte Produktionslücke, definiert als Differenz zwischen Bruttoinlandsprodukt und geschätztem Produktionspotenzial. Die Wachstumsrate des Produktionspotenzials zeigt somit die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung an. Die Bundesregierung hat sich im Rahmen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts und im Rahmen der Schuldenbremse dazu verpflichtet, das Produktionspotenzial und die Produktionslücke auf Basis des einheitlichen Verfahrens der EU-Kommission zu schätzen.

Wirtschaftspolitische Bedeutung erfordert regelmäßige Überprüfung des Verfahrens

Die EU-Kommission ermittelt das Produktionspotenzial auf Grundlage einer sogenannten Cobb-Douglas-Produktionsfunktion. In diese Funktion gehen der Kapitalstock, der potenzielle Arbeitseinsatz sowie die trendmäßige Totale Faktorproduktivität (TFP) ein. Dieser Ansatz bietet eine gewisse ökonomische Fundierung und ermöglicht darüber hinaus, den Beitrag einzelner Komponenten zum Potenzial und seiner Entwicklung zu bestimmen. Das Verfahren der EU-Kommission geht aber mit zahlreichen Problemen einher und steht häufig in der Kritik. Zum einen hängen die Berechnungen der Produktionslücke stark von den getroffenen Annahmen ab. Zum anderen wird insbesondere auch kritisiert, dass Schätzungen für den aktu-

ellen Rand in späteren Jahren oftmals kräftig revidiert werden.

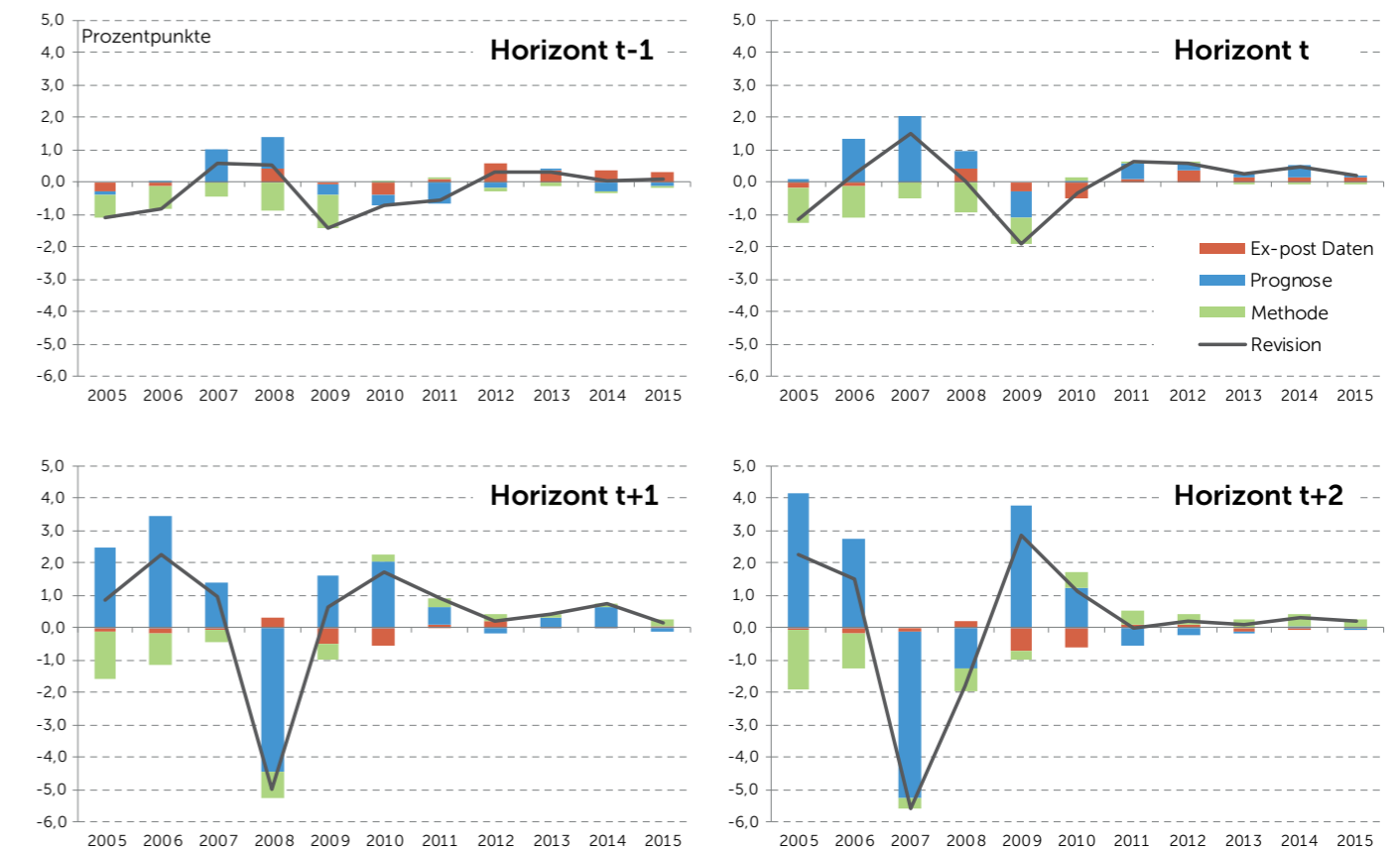
Diese Probleme gelten nicht nur für das Verfahren der EU-Kommission, sondern vielmehr in unterschiedlichem Ausmaß für alle erprobten Methoden zur Schätzung des Produktionspotenzials. Allerdings machen es die weitreichenden wirtschaftspolitischen Implikationen, die von der Schätzung des Produktionspotenzials und der Produktionslücke ausgehen, gleichwohl erforderlich, die Schätzmethodik immer wieder auf ihre Schwachstellen hin zu evaluieren und nach Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen.

Vor diesem Hintergrund beauftragte das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ein Team aus dem Prognosezentrum und dem Institut für Statistik und Ökonometrie an der Universität Kiel, das aktuelle Verfahren der EU-Kommission detailliert zu analysieren und verschiedene Möglichkeiten zur Verbesserung des Verfahrens zu erarbeiten. Auf Basis einer umfangreichen Echtzeit-Datenbank dokumentierten die Forscher dabei zunächst die Revisionshistorie der Schätzungen für die einzelnen EU-Länder. Dabei wurde unter anderem berechnet, welcher Anteil der Gesamtrevision der Produktionslücke auf Revisionen von Ex post-Daten, Prognosefehler bei der Kurzfristprognose und auf Änderungen bei der zugrunde liegenden Schätzmethodik zurückgeführt werden kann (vgl. Abbildung). Anhand von Panelregressionen wurden darüber hinaus die Eigenschaften des Verfahrens in verschiedenen Phasen des Konjunkturzyklus untersucht. So zeigt sich beispielsweise, dass die Produktionslückenschätzungen in Boomphasen im Nachhinein deutlich nach oben und in Rezessionen deutlich nach unten angepasst werden.

Zusätzliche Konjunkturinformationen verringern Revisionsanfälligkeit

Die in dem Forschungsgutachten vorgeschlagenen Verbesserungsmöglichkeiten zielen zum einen darauf

Revisionen der Produktionslücke Deutschlands für unterschiedliche Zeithorizonte



Quelle: Schätzungen der EU-Kommission aus den Jahren 2005–2015. Revisionen der Produktionslücke sind unterteilt in Beiträge von Datenrevisionen, Prognosefehlern und Methodenanänderungen.

ab, das Schätzverfahren transparenter und weniger abhängig von Ad-hoc-Annahmen zu gestalten. Zum anderen soll der Revisionsbedarf der am aktuellen Rand produzierten Zahlen möglichst gering sein, da große und häufige Revisionen nicht zuletzt politisch relevante, nachträgliche Korrekturen bei der Beurteilung von Budgetsalden nach sich ziehen und somit das ganze Verfahren zur konjunkturadäquaten Haushaltsüberwachung diskreditieren können. Ein grundsätzlicher Gedanke war daher, Ansätze zu entwickeln, die möglichst viele zusätzliche Konjunkturinformationen in das Verfahren einfließen lassen. Im Rahmen der TFP-Schätzung wird beispielsweise die Implementierung eines Konjunkturfaktors aus einer Vielzahl von verschiedenen Indikatoren vorgeschlagen. Durch einen solchen Faktoransatz kann die Revisionsanfälligkeit zum Teil deutlich vermindert werden.

Die Ergebnisse des Forschungsgutachtens wurden bei einem Workshop in Berlin vorgestellt, bei dem neben Vertreterinnen und Vertretern aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und dem Bundesfinanzministerium auch Vertreterinnen und Vertreter der EU-Kommission, der OECD, der Europäischen Zentralbank, der Bundesbank und anderer Wirtschaftsforschungsinstitute teilnahmen und die Vorschläge aus Kiel diskutierten.

AUTOREN



Dr. Martin Ademmer
martin.ademmer@ifw-kiel.de

Expertise

- Zeitreihenökonomie
- Mittelfristprognose und Potenzialschätzung
- Ölpreise
- Fiskalische Reaktionsfunktionen und Fiskalregeln
- Globale Übertragungseffekte



Prof. Dr. Jens Boysen-Hogrefe
jens.hogrefe@ifw-kiel.de

Expertise

- Konjunkturforschung
- Zeitreihenanalyse
- Öffentliche Finanzen

IFW BAUT BERATERROLLE IM G20-PROZESS AUS

Das IfW baute seine G20-Beraterrolle im Folgejahr der deutschen G20-Präsidentschaft weiter aus. Die T20-Organisatoren in Argentinien und Japan übernahmen die Ideen des IfW zur **VERSTETIGUNG DES PROZESSES** und übertrugen dem Institut wichtige Aufgaben. Der vom IfW mitinitiierte Global Solutions Summit in Berlin ist mittlerweile fester Bestandteil der T20- bzw. G20-Agenda.

Während des deutschen Vorsitzes der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer 2017 leitete das Global Challenges Center des IfW das mit den G20 assoziierte Beratungsnetzwerk Think 20 (T20) und gestaltete die Organisation und den Beratungsprozess um. Seit 2018 koordinieren die argentinischen Think Tanks CIPPEC und CARI die Koordination des Netzwerks. Die Restrukturierungsideen des IfW wurden dabei übernommen, die Arbeit der T20 wurde erneut in Task Forces strukturiert, teilweise wieder unter Leitung von IfW-Forschern, und spiegelte die Prioritäten der argentinischen G20-Präsidentschaft wider. Der Global Solutions Summit diente auch außerhalb der deutschen Präsidentschaft als zentraler Ort für die Zusammenarbeit der T20 und als Publikationsplattform für die dort erarbeiteten Politikempfehlungen.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des IfW waren in verschiedenen T20-Task Forces vertreten. Insgesamt waren unsere Forscherinnen und Forscher an neun Policy Briefs beteiligt, u.a.:

- Mobilizing Private Investment and the Compact with Africa: A Preliminary Assessment and Steps Ahead
- Regional Integration and Migration Between Low-and-Middle-Income Countries: Regional Initiatives Need to Be Strengthened
- Understanding and Fostering Social Cohesion
- Bridging the Gender Digital Gap
- The G20 at a Crossroads: The Future of Global Governance
- Achieving "25 by 25": Actions to Make Women's Labour Inclusion a G20 Priority.

Durch die koordinierende Funktion des Global Challenges Centers im Think Tank-Netzwerk *Council for Global Problem-Solving*, berieten die wissenschaft-



lichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Centers die argentinischen Partner sowohl bei der personellen Zusammensetzung der Task Forces als auch bei deren inhaltlicher Ausgestaltung. Zudem war der alljährliche Global Solution Summit (GSS), der im Mai in Berlin stattgefunden hat und vom IfW mit organisiert wurde, ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zum T20-Summit in Buenos Aires. Mit insgesamt 1.100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, darunter allen wichtigen Vertreterinnen und Vertretern der leitenden Think Tanks aus Argentinien und den zukünftigen japanischen T20-Akteuren, förderte die Konferenz den Austausch zwischen den Task Forces und wichtigen Akteuren aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Im Rahmen des GSS fanden des Weiteren zahlreiche Task Force-Meetings statt, bei denen die finalen Policy Briefs diskutiert wurden, die schließlich im Abschlusskommuniqué der T20 beim Summit in Buenos Aires dem



Der japanische Think-20-Sherpa Naoyuki Yoshino

argentinischen Präsidenten Macri übergeben wurden. Auch beim T20-Gipfel in Argentinien war das Institut aktiv vertreten.

Das IfW und der Council for Global Problem-Solving haben ebenso die Vorbereitung der japanischen T20 unterstützt. Der Global Solutions Summit am 18. und 19. März 2019 wird wieder ein zentraler Meilenstein bei der Erarbeitung und Verbreitung der T20-Arbeit sein und diese in Kontakt mit politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern und Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft und Gesellschaft bringen. Das IfW ist neben seiner Verantwortung für das Programm der Konferenz auch mit diversen inhaltlichen Beiträgen beteiligt.



Am Rande des Global Solutions Summit in Berlin berieten Vertreterinnen und Vertreter von Think Tanks aus Deutschland, Argentinien und Japan, der sogenannten G20-Troika, über die dringendsten Themen für die G20.

AUTOR



Dr. Dennis Görlich
dennis.goerlich@ifw-kiel.de

Expertise

- Arbeitsmarkteffekte der Globalisierung
- Zukunft der Arbeit
- G20 und internationale Zusammenarbeit

MEDAM POLITIKDIALOG: DEN MIGRATIONSPOLITISCHEN STILLSTAND ÜBERWINDEN

Seit der Flüchtlingskrise 2015 ist Migration das bestimmende Thema in Europa. Unter Projektleitung des IfW Kiel tragen Forscherinnen und Forscher der europäischen Forschungsallianz MEDAM ihre **ERKENNTNISSE UND KONKRETE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN** aus der Migrationsforschung in die EU-Mitgliedsstaaten. 2018 begleiteten sie die österreichische EU-Ratspräsidentschaft.

In der gesamten Menschheitsgeschichte ist Migration die Norm – ein Weg, Widrigkeiten zu überwinden und den Traum von einem besseren Leben zu verfolgen. Durch den technischen Fortschritt in der Kommunikation und im Verkehrswesen haben immer mehr Menschen den Wunsch und die Möglichkeit zur Emigration. Oft sind Migrationsströme unvorhersehbar und von Not begleitet und gehen auf komplexe Ursachen zurück. Daher sollten Herkunfts-, Transit- und Zielländer die Herausforderungen der Migration durch verstärkte Zusammenarbeit und gemeinsames Handeln angehen. Denn schlecht regulierte Migration verschärft Spannungen – innerhalb der Gesellschaften sowie zwischen Staaten –, setzt Menschen der Ausbeutung und dem Missbrauch aus und untergräbt das Vertrauen in Regierungen.

Die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger stehen dabei vor zahlreichen, miteinander verknüpften Herausforderungen im Bereich Asyl und Migration. Diese Herausforderungen mögen in Europa heute faktisch weniger drängend sein als 2015, da weniger irreguläre Einwanderer in die EU kommen. Doch die Maßnahmen, die die irreguläre Einwande-

rung verringert haben – das EU-Türkei-Abkommen, die Schließung der Westbalkan-Migrationsroute, die Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache sowie die erschwerten Bedingungen für Seenotrettung im Mittelmeer –, weisen erhebliche Mängel auf und sind zum Teil auf die Dauer nicht haltbar. Auch politisch ist die Migrationsfrage zu einer Zerreißprobe für die EU geworden.

Das MEDAM-Projekt verfolgt in seiner Forschung einen ganzheitlichen Ansatz und betrachtet Migration als einen Prozess, der sowohl potenzielle Migranten als auch Herkunfts-, Transit- und Zielländer umfasst und von einer Vielzahl von migrationsbezogenen Politiken auf verschiedenen Ebenen beeinflusst wird. Mit diesem systemischen Ansatz analysieren die beteiligten Forscherinnen und Forscher die vielfältigen Bestimmungsgründe von Migration und berücksichtigen diese bei der Formulierung der migrationspolitischen Lösungsvorschläge.

Der zweite MEDAM Assessment Bericht, der zuerst während des Global Solutions Summit 2018 in Berlin vorgestellt wurde, wendet diesen Ansatz auf die oftmals miteinander verwobenen Herausforderungen in der

Asyl- und Migrationspolitik an: Reform des EU-Asylsystems, Sicherung der Außengrenzen, Begrenzung der irregulären Einwanderung durch die Zusammenarbeit mit afrikanischen Regierungen sowie Unterstützung von Entwicklungsländern mit einer großen Zahl an Flüchtlingen. Für die Umsetzung der Handlungsempfehlungen bedarf es einer breiten Unterstützung aller EU-Mitgliedsstaaten, die aber nicht nur unterschiedlich von Zuwanderung betroffen sind, sondern sich auch erheblich unterscheiden hinsichtlich der Einstellung zu Zugewanderten und zur Zuwanderungspolitik seitens der Entscheidungsträgerinnen und -träger sowie der Wählerinnen und Wähler.

Aus diesem Grund reisten MEDAM-Forscherinnen und -Forscher in diesem Jahr gezielt in jene Länder, wo Migration vor allen Dingen kritisch betrachtet wird: Polen, Ungarn und Österreich. Zusammen mit etablierten und als unparteiisch geschätzten Partnern vor Ort veranstaltete MEDAM Präsentationen, Hintergrund- und Mediengespräche sowie Einzeltermine mit Parlamentariern. Die teils öffentlichen und teils geschlossenen und vertraulichen Gespräche führten zu einem intensiven Dialog mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Insbesondere in Österreich, das in der zweiten Jahreshälfte 2018 die EU-Ratspräsidentschaft innehatte, war das Interesse groß und bot viele Anknüpfungspunkte, um die von MEDAM erarbeiteten Handlungsempfehlungen in die aktuelle Debatte einzubringen. Mehrere Veranstaltungen zu den Themen „flexible Solidarität“, „legale Arbeitsmigration in die EU“ und „Migration in und aus Afrika“ wurden sehr gut angenommen.

Die politische Debatte zu Asyl und Migration bleibt zwar konfliktbeladen, ist aber weiterhin möglich und wichtig. Nur so kann der aktuelle Stillstand in der Asyl- und Migrationspolitik der EU überwunden werden.

www.medam-migration.eu



Frontex Such- und Rettungsmaßnahme im Mittelmeer

MEDAM

Mercator Dialogue on
Asylum and Migration



Hinter MEDAM steht eine länderübergreifende Forschungsallianz zur europäischen Asyl- und Migrationspolitik: das Institut für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel, das Migration Policy Centre (MPC) am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz und das Centre for European Policy Studies (CEPS), ein Brüsseler Think Tank.

STIFTUNG MERCATOR

STIFTUNG
MERCATOR

Die Stiftung Mercator ist eine private, unabhängige Stiftung. Sie strebt mit ihrer Arbeit eine Gesellschaft an, die sich durch Weltoffenheit, Solidarität und Chancengleichheit auszeichnet. Dabei konzentriert sie sich darauf, Europa zu stärken, den Bildungserfolg benachteiligter Kinder und Jugendlicher insbesondere mit Migrationshintergrund zu erhöhen, Qualität und Wirkung kultureller Bildung zu verbessern, Klimaschutz voranzutreiben und Wissenschaft zu fördern. Die Stiftung Mercator steht für die Verbindung von wissenschaftlicher Expertise und praktischer Projekterfahrung. Als eine führende Stiftung in Deutschland ist sie national wie international tätig. Dem Ruhrgebiet, der Heimat der Stifterfamilie und dem Sitz der Stiftung, fühlt sie sich besonders verpflichtet.



Forschungstreffen des MEDAM-Teams in Kiel

VERANSTALTUNGEN

Workshops, Konferenzen, Preisverleihungen – auch darum ist das IfW national und international bestens vernetzt...



Das IfW organisiert diverse Events, um im Austausch mit Expertinnen und Experten rund um den Globus Lösungen für weltwirtschaftliche Probleme zu finden. Persönlichkeiten, die sich hier durch Worte, Taten oder Erkenntnisse besonders verdient gemacht haben, verleiht das IfW gleich mehrere renommierte Preise.



© Alle Bilder dieser Doppelseite: ifw Kiel / Jan Kowitzki

DIE PREISTRÄGER



KLAUS MARTIN SCHWAB
KATEGORIE POLITIK

Klaus Martin Schwab, geboren am 30. März 1938 im schwäbischen Ravensburg, ist Gründer und geschäftsführender Vorsitzender des World Economic Forum (WEF), das vor allem für sein Jahrestreffen in Davos bekannt ist. Schwab etablierte das Forum bereits in den 70er Jahren, damals noch, um europäische Führungskräfte mit Managementpraktiken aus den USA vertraut zu machen. Bekannt wurde Schwab auch durch den von ihm konzipierten Multi-Stakeholder-Ansatz, der darauf abzielt, alle Parteien, die von unternehmerischen oder politischen Initiativen tangiert sind, in den Entscheidungsprozess einzubinden. Ebenso entwickelte Schwab den Global-Competitiveness-Index, ein Ranking zur Wettbewerbsfähigkeit einzelner Länder, der bis heute große Beachtung findet.



BAS VAN ABEL
KATEGORIE WIRTSCHAFT

Bas van Abel, geboren am 18. August 1977 in Nimwegen, ist Gründer und CEO der Fairphone B.V. Das Unternehmen produziert das gleichnamige Fairphone, ein Smartphone, das so sozialverträglich wie möglich produziert werden soll. Im Vordergrund stehen Langlebigkeit, fair gehandelte Materialien und Rohstoffe aus konfliktfreien Minen, gute Arbeitsbedingungen, Wiederverwendbarkeit und Recycling sowie Transparenz der Lieferketten. Ziel ist außerdem, Konsumenten auf die Missstände in der weltweiten Produktion von Smartphones aufmerksam zu machen und ein Umdenken bei Industrie und Endverbrauchern zu bewirken.



ROBERT JAMES SHILLER
KATEGORIE WISSENSCHAFT

Robert James Shiller, geboren am 29. März 1946 in Detroit, ist ein US-amerikanischer Ökonom, Nobelpreisträger und Bestsellerautor. Er wurde bekannt, weil er das in der Wirtschaftswissenschaft gängige Dogma vom rationalen Investor und von effektiven Märkten, die von alleine in einen Zustand des Gleichgewichts finden, hinterfragte und widerlegte. Shiller sagte die Dot-Com-Blase um die Jahrtausendwende und die Immobilienblase, die 2008 zum Ausbruch der weltweiten Finanzkrise sorgte, korrekt vorher und gilt als einer der Wegbereiter der Verhaltensökonomie. Shiller ist Autor mehrerer vielbeachteter Bestseller über Finanzmärkte.

WELTWIRTSCHAFTLICHER PREIS

„Unsere diesjährigen Preisträger sind nicht nur selbst durch einen großen Wissenshunger gekennzeichnet. Sie haben ihr Wissen zum Wohle der Allgemeinheit geteilt, die Kooperation und den Dialog zwischen Menschen gefördert und nachhaltiges Wirtschaften ermöglicht“. So begründete IfW-Präsident Dennis Snower die Auswahl der Preisträger des Weltwirtschaftlichen Preises 2018, der zum 14. Mal verliehen wurde.

Ausgezeichnet als Vordenker einer weltoffenen, marktwirtschaftlichen und sozialen Gesellschaft wurden: Prof. Dr. Klaus Schwab, Gründer und Präsident des World Economic Forum (WEF), Kategorie: Politik, Bas van Abel, Gründer und CEO Fairphone B.V., Kategorie: Wirtschaft, Prof. Robert Shiller, Ph.D., US-amerikanischer Ökonom, Nobelpreisträger und Bestsellerautor, Kategorie: Wissenschaft. Die Verleihung fand im Haus der Wirtschaft in der IHK zu Kiel statt, wie üblich am ersten Sonntag der Kieler Woche.

Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Dr. Bernd Buchholz begrüßte die anwesenden Gäste. Prof. Dennis J. Snower, Präsident des Instituts für Weltwirtschaft Kiel, Dr. Ulf Kämpfer, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel, und Konsul Klaus-Hinrich Vater, Vizepräsident der IHK Schleswig-Holstein und Präsident

der IHK zu Kiel, überreichten den Preis in einer feierlichen Zeremonie.

„Wissen zu nutzen, um globale Probleme zu lösen, die internationale Zusammenarbeit zu mehren und dabei den Wohlstand des Menschen und sein soziales Wohlergehen in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Handelns zu stellen – das ist auch eines der zentralen Anliegen des Weltwirtschaftlichen Preises. Unsere diesjährigen Preisträger eint: Alle drei haben durch ihr erworbenes Wissen und ihren verantwortungsvollen Umgang damit Lösungen für globale Probleme unserer Zeit ermöglicht“, sagte Dennis Snower zur Jurybegründung.

„Robert Shiller hat als ökonomischer Pionier mit der Vorstellung vom rationalen Investor und von effizienten, von alleine ins Gleichgewicht findenden Märkten aufgeräumt und sowohl die Dot-Com-Blase

als auch die Immobilienblase korrekt vorhergesehen. Sein Wissen über Finanzmärkte hat er in Büchern und kostenlosen Online-Seminaren breiten Bevölkerungsschichten zugänglich gemacht.

Bas van Abel machte fragwürdige und umweltschädliche Produktionsbedingungen bei Mobiltelefonen transparent und will mit dem Fairphone Konsumenten und große Elektronikkonzerne zum Umdenken bewegen.

Klaus Schwab hat mit dem World Economic Forum einen Rahmen geschaffen, der dazu beiträgt, globale Probleme zu adressieren, Wissen auszutauschen und kooperative Lösungen zum gegenseitigen Nutzen aller Beteiligten zu finden.“

Der Weltwirtschaftliche Preis ist eine Initiative des Instituts für Weltwirtschaft und wird in enger Kooperation mit der Landeshauptstadt Kiel und der IHK

Schleswig-Holstein verliehen. Der Preis soll einen Anstoß geben, die großen weltwirtschaftlichen Herausforderungen durch kreative Problemlösungen zu bewältigen. Ausgezeichnet werden einflussreiche Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, die einen besonderen Beitrag zu einer auf Eigenverantwortung basierenden, sozial verantwortungsvollen Gesellschaft geleistet haben. Der Weltwirtschaftliche Preis wird jährlich vergeben und ist undotiert.

🌐 www.ifw-kiel.de/wwp

VIDEOS: WWP
Interviews und Reden
der Preisträger





BERNHARD-HARMS-PREIS

Die US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftlerin Prof. Carmen Reinhart, Ph.D., erhielt 2018 den mit 25.000 Euro dotierten Bernhard-Harms-Preis des IfW Kiel. Sie ist Professorin für Internationale Finanzsysteme an der Harvard Universität und wurde vor allem mit ihren empirischen Studien zu Ursachen und Folgen von Finanzkrisen international bekannt. Reinhart zählt zu den meistzitierten Wirtschaftswissenschaftlern weltweit.

Carmen Reinhart prägte seit Jahrzehnten die öffentliche Debatte und die Forschungsagenda zu den Themen Staatsverschuldung, internationale Kapital- und Rohstoffmärkte und Schuldenkrisen, lobte IfW-Präsident Dennis Snower die Preisträgerin. Sie habe maßgeblich zur empirischen Wende in der Volkswirtschaftslehre beigetragen. Bereits in den 1980er Jahren, als die makroökonomische Forschung fast ausschließlich theoretisch und mathematisch orientiert war, setzte sie auf evidenzbasierte und wirtschaftspolitisch relevante Forschung. In ihren Studien trägt sie umfassende, historische Datensätze zusammen und nutzt diese, um wiederkehrende Muster zu erkennen. Reinhart liefert damit immer wieder wichtige Erkenntnisse zu Hinweisen auf bevorstehende Währungs-, Banken- und Staatsschuldenkrisen sowie zu deren Folgen und Bewältigung, so Snower. Ihr Buch „This Time is Different: Eight Centuries of Financial Folly“ („Dieses Mal ist alles anders: Acht Jahrhunderte Finanzkrisen“), das sie 2009 gemeinsam mit Kenneth Rogoff veröffentlichte, ist eines der meistverkauften und einflussreichsten Bücher der Ökonomie und machte ihre Erkenntnisse über Finanzkrisen weltweit verständlich und zugänglich. Zur Jurybegründung sagte Dennis Snower: „Carmen Reinhart war ihrer Zeit immer wieder voraus und ist

die wohl einflussreichste Frau der ökonomischen Forschung. Sie war eine der ersten, die die Risiken ausländischer Verschuldung und höherer US-Zinsen für Schwellenländer aufzeigte. Dieses Thema ist auch heute wieder hochrelevant. Ebenso warnte sie frühzeitig vor einer schweren Rezession in Folge der US-Finanzkrise. Reinhart ist es in ihrer Karriere immer wieder gelungen, Konzepte zu prägen, die als feststehende Begrifflichkeiten in den wirtschaftswissenschaftlichen Standard-Kanon eingegangen sind, wie „Fear of Floating“, „Twin Crises“, „Debt Intolerance“ oder „Serial Default“. Auch deswegen zählt sie zu den meistzitierten Wirtschaftswissenschaftlern weltweit und ist die mit Abstand meistzitierte Forscherin des Fachs.“ Die Verleihung des Bernhard-Harms-Preises an Professorin Carmen Reinhart fand im Oktober statt. Er wird vom Institut für Weltwirtschaft seit 1964 alle zwei Jahre vergeben. Die Auszeichnung ehrt Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für außergewöhnliche weltwirtschaftliche Forschung oder Praktiker für eine herausragende Förderung weltwirtschaftlicher Beziehungen. Zu den Preisträgern der vergangenen Jahre zählen die Ökonomen Marc Melitz (2016), Abhijit Banerjee (2014), Gene Grossman (2012), Raghuram Rajan (2010) und Kenneth Rogoff (2008).

MITSCHNITT PREISREDE:

Bernhard-Harms-Preis



GLOBAL ECONOMIC SYMPOSIUM

Nach der erfolgreichen Zusammenarbeit im Vorjahr, gehörte das Global Economic Symposium bei der zweiten Auflage der Digitalen Woche Kiel schon fest ins Programm. Unter dem übergreifenden Thema „Zukunft der Arbeit und Bildung im digitalen Zeitalter“ diskutierten am 11. September 2018 in der Kieler IHK internationale, nationale und regionale Expertinnen und Experten in fünf Sessions zu unterschiedlichsten Aspekten des Themas. Den Anfang machte das internationale Panel mit Prof. John Zysman (Berkeley), Simone Menne (ehem. CFO Lufthansa), Daniel Samaan (ILO) und Jason Blackstock (University College London) mit einem Blick auf die generellen Trends und Entwicklungen. Im anschließenden Panel ging es um konkrete Veränderungen

durch die Digitalisierung im Bereich Bildung und Arbeit in Schleswig-Holstein. Unter anderem diskutierten Schleswig-Holsteins Minister für Digitalisierung Jan Philipp Albrecht und Julia Borggräfe (Bundesministerium für Arbeit und Soziales). In den weiteren Sessions standen dann die besondere Herausforderung für Städte, der faire und sichere Umgang mit Daten, „dem Rohstoff des 21. Jahrhunderts“* und neue Wege in der Aus- und Weiterbildung im Vordergrund. Das Global Economic Symposium wird vom Institut für Weltwirtschaft mit Unterstützung der Industrie- und Handelskammern in Schleswig-Holstein, der Staatskanzlei und dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie des Landes Schleswig-Holstein sowie der Stadt Kiel veranstaltet.



GS TAIPEH WORKSHOP

Der Global Solutions (GS) Taipei Workshop 2018 mit dem übergreifenden Thema „Shaping the Future of an Inclusive Digital Society“ fand am 28. März 2018 im Ambassador Hotel in Taipei statt. Organisiert wurde er gemeinsam vom Chung-Hua Institute for Economic Research (CIER) und dem IfW. Der inzwischen fünfte Workshop in Taipei baute thematisch auf die bisherigen Schwerpunkte auf, hatte aber einen stärker auf den Menschen ausgerichteten Fokus und zielte darauf ab, angemessene, menschenorientierte Lösungen zu finden, um mit den Chancen und Risiken umzugehen, mit denen Einzelpersonen, Unternehmen, Regierungen und andere Organisationen konfrontiert werden, während sie die Zukunft einer integrativen digitalen Gesellschaft gestalten.



v. l. Klaus-Jürgen Gern, Nils Jannsen und Stefan Kooths vom IfW-Prognosezentrum.

KIELER KONJUNKTURGESPRÄCHE

Zweimal im Jahr treffen sich internationale Expertinnen und Experten zu den Kieler Konjunkturgesprächen und diskutieren über aktuelle Trends und Entwicklungen. Den Auftakt 2018 machten die 97. Kieler Konjunkturgespräche zum Thema **Global Economic Upswing: Priceless—or Costly?** am 23. und 24. April 2018 in Kiel. Keynote-Speaker waren Thomas Mayer, Direktor des Flossbach von Storch Research Institute, Frankfurt, und Gunther Schnabl, Universität Leipzig sowie Thorsten Grenz, Managing Partner der KIMBRIA GmbH.

„Reforming the European Union: Conflicting Views and Common Ground“ war das Thema der 98. Kieler Konjunkturgespräche am 15. und 16. Oktober 2018 in der schwedischen Botschaft in Berlin. Agnès Bénassy-Quéré von der Paris School of Economics eröffnete die Konferenz. Weitere Keynotes hielten Jürgen Stark, ehemaliger Chefökonom der EZB und Fredrik Erixon, Direktor, European Centre for International Political Economy (ECIPE), Brüssel.

www.ifw-kiel.de/kkg



EES-KONFERENZ

Unter dem Motto „New Developments in the Macroeconomics of Labor Markets“ fand vom 16. bis 17. November 2018 der 2018er Workshop des Ensuring Economic and Employment Stability Network (EES) in Wien statt. Organisiert wurde die Veranstaltung gemeinsam vom Institut für Höhere Studien (HIS) Wien und dem IfW.

www.ifw-kiel.de/eas



Palais Strozzi, Wien. Sitz des HIS und Tagungsort der EES

PEGNET-KONFERENZ

Bildung spielt eine zentrale Rolle bei der Förderung von Wachstum und nachhaltiger Entwicklung. Der Zugang zur Grundbildung ist ein Menschenrecht, und Bildung ist nicht nur ein wichtiger Bestandteil der menschlichen Entwicklung, sondern wird auch in multidimensionalen Ansätzen zur Armutsmessung hoch gewichtet. Dieser Tatsache trug die PEGNet Konferenz 2018 unter dem Motto **Improving the Quality of Education and Learning Outcomes in Developing Countries** Rechnung. Führende Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Praxis und Politik kamen am 11. und 12. Oktober 2018 in Cotonou, Benin, zusammen, um gemeinsam über die Determinanten von Bildung und Erfahrungen aus Entwicklungsländern nachzudenken und Lösungen zu diskutieren.

Darüber hinaus wurde zum zehnten Mal der PEGNet Best Practice Award an ein Projekt vergeben, das beispielhaft für eine gute Zusammenarbeit zwischen Forschung und Praxis steht. Der Award ging an das Projekt „Building State Capacity: Evidence from Biometric Smartcards in India“, das gemeinsam von der University of California, San Diego, der University of Virginia und Politikerinnen und Politikern der Region Andhra Pradesh (GoAP) in Indien eingereicht wurde.

Die Konferenz wurde gemeinsam von der African School of Economics, dem Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit Unterstützung der KfW Entwicklungsbank und der University of Abomey-Calavi organisiert.

www.pegnet.ifw-kiel.de



v. l. Grieve Chelwa (University of CapeTown), Innocent Matishe (African Economic Research Consortium), Leonard Wantchékon (African School of Economics and Princeton) und Kacana Khadjavi (IfW).



KCG-WORKSHOP

Der Leibniz WissenschaftsCampus Kiel Centre for Globalization (KCG) organisierte am 1. und 2. November 2018 seinen ersten wissenschaftlichen Workshop unter dem Titel **Economic and Social Consequences of Global Value Chains**. Für den Workshop kamen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der internationalen Forschungsgemeinschaft zusammen, die an verschiedenen Aspekten rund um das Thema globale Wertschöpfungsketten arbeiten, um ihre aktuellen Forschungsergebnisse miteinander zu teilen. Durch den Workshop soll der Wissensaustausch zwischen Forscherinnen und Forschern verschiedener Disziplinen, die mit unterschiedlichen Methoden arbeiten, gefördert werden und dadurch die Synergieeffekte erhöhen. Der Workshop wurde finanziell von der Fritz Thyssen Stiftung unterstützt.





v. l. Mathieu Couttenier, Ferdinand Rauch,
Felix Tintelnot und Dennis J. Snower

EXCELLENCE AWARDS IN GLOBAL ECONOMIC AFFAIRS

Mit den Excellence Awards in Global Economic Affairs wurden im Jahr 2018 die vier Nachwuchsökonominnen Mathieu Couttenier (Universität Genf), Ferdinand Rauch (University of Oxford), Felix Tintelnot (Chicago University), Matteo Maggiori (Harvard University) ausgezeichnet. Thematisch beschäftigen sich die Preisträger mit dem Zusammenhang von Rohstoffabbau und Konflikten in Afrika (Couttenier), multinationalen Unternehmen als Katalysator für die Diffusion neuer Technologien (Tintelnot), dem Effekt stark expandierender chinesischer Exporte auf die Wirtschaft Mexikos (Rauch) und dem Einfluss von Währungen auf die internationalen Kapitalströme (Maggiori). Der Preis beinhaltet jeweils einen Forschungsaufenthalt am IfW, der durch verschiedene Stipendien (Horst Siebert Fellowship, Porsche Fellowship, Landeshauptstadt Kiel Fellowship und Theodor Wille and Heinrich Diederichsen ‚Fair Trade‘ Fellowship) finanziert wird. Ziel der IfW Excellence Awards ist es, eine internationale Gemeinschaft junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf dem Gebiet der weltwirtschaftlichen Forschung aufzubauen.

KCG/UNIDO-KONFERENZ

Das Kiel Centre of Globalization (KCG) am IfW organisierte im Juni 2018 erneut gemeinsam mit der UNIDO, der UN-Organisation für industrielle Entwicklung, eine Konferenz zu globalen Wertschöpfungsketten mit Vertretern aus Wissenschaft, Politik und Privatwirtschaft. Kern der Konferenz in Wien waren drei Panels zu den Fragen, wie diese Wertschöpfungsketten zu einer inklusiven und nachhaltigen industriellen Entwicklung beitragen können, wie sie als Treiber des Strukturwandels wirken und welche politischen Herausforderungen und Optionen sich ergeben.

UNIDO-Generaldirektor Li Yong betonte, dass ein besseres Verständnis der „Merkmale und Dynamiken globaler Wertschöpfungsketten in verschiedenen Regionen und Branchen“ nötig sei, damit globale Lieferketten ihr volles Potenzial für wirtschaftliche Entwicklung und strukturellen Wandel entfalten könnten. Aus dem IfW nahmen Forschungsbereichsleiter und KCG-Direktor Holger Görg und KCG-Koordinatorin Wan-Hsin Liu an der Konferenz teil. Die Konferenz wurde in Zusammenarbeit mit der chinesischen Universität für Internationales Management und Außenwirtschaft (UIBE) organisiert und von der Regierung Chinas gefördert.

www.kcg-kiel.org



LEIBNIZ-WIRTSCHAFTSGIPFEL

Gemeinsam mit den Spitzen der anderen großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute diskutierte Dennis J. Snower im Januar auf dem Leibniz-Wirtschaftsgipfel über Digitalisierung und Arbeitsmarkt. Mit dabei waren Marcel Fratzscher (DIW Berlin), Clemens Fuest (ifo Institut), Reint Gropp (IW Halle), Christoph M. Schmidt (RWI Essen) und Achim Wambach (ZEW Mannheim). Moderiert wurde die Runde von der Wirtschaftsjournalistin Ursula Weidenfeld.

KIELER WOCHENVORTRÄGE

Zur Kieler Woche bietet das IfW regelmäßig offene Vorträge zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen an. Diese stoßen auf reges Interesse, und es ergeben sich spannende Diskussionen. Vom 18. bis 22. Juni 2018 waren es diese Themen und Referentinnen und Referenten:

- Sonja Peterson und Jens Boysen-Hogrefe: Förderung von Elektromobilität – Ein Streitgespräch
- Claus-Friedrich Laaser: Der Kieler Subventionsbericht: Was der Steuerzahler alles finanziert
- Stefan Kooths: Außenbeitrag – Wie ein Saldo die Wirtschaftspolitik verwirrt
- Christiane Krieger-Boden und Alina Sorgner: Frauen als Gewinner einer digitalen Arbeitswelt?
- Gunnar Take: Auslandspropaganda auf der Kieler Woche: Das Institut für Weltwirtschaft im Juni 1939

NACHT DER WISSENSCHAFT

Mehr als 16.000 Menschen haben bei der Nacht der Wissenschaft am 28. September 2018 in Kiel die Nacht zum Tag gemacht und sich über aktuelle Forschung und Trends in der Wissenschaft informiert. Sicherlich sind nicht alle am IfW gewesen, aber wer den Weg zu uns gefunden hat, konnte unter anderem sein Populismus-Wissen bei einem Quiz testen, einmal in die Position von Mario Draghi schlüpfen, versuchen, einen Lügendetektor zu bezwingen und über E-Mobilität ebenso diskutieren wie über die aktuelle Handelspolitik von Donald Trump. Unsere Expertinnen und Experten standen der breiten Öffentlichkeit Rede und Antwort. Wer das beste Gespür für Zahlen und Mengen hatte, konnte am Ende auch noch etwas gewinnen.

AUSBILDUNG

Die Nachwuchsarbeit ist der dritte große Aufgabenbereich des IfW und brachte schon viele international anerkannte Ökonomen hervor...

Underlying Theory

Hickscher-Ohlin →
Stolper-Samuelson (2x2 version)

TRADE AND WAGES ARE LINKED ONLY
THROUGH PRODUCT PRICES
(assumes fixed technology)

What will cause a change in product prices?

- Reduction in Trade Barriers
- Changes in the world supplies of skilled and unskilled labor

Bei den Studienprogrammen des IfW in Kiel unterrichten Hochschullehrer aus der ganzen Welt. Harvard-Ökonomin und Krisenexpertin Carmen Reinhart war nur eine davon. Die Plätze sind bei Studierenden begehrt, sie kommen dafür ebenfalls von überall her an die Förde.



Studierende des ASP 2018/19

© IfW / Michael Stefan



Topics in International Finance—Financial Crises – Carmen Reinhart (Harvard). ASP Kurs 2018/19



Die IfW-Ausbildungsangebote haben unter der eingeführten Dachmarke Advanced Studies Program ein neues Design erhalten. Neben dem vollen ASP-Programm sind Kurse modular oder einzeln wählbar. Hinzu kommt die themenspezifische Summer School.

ADVANCED STUDIES PROGRAM

Das **Advanced Studies Program in International Economic Policy Research (ASP)** bringt seit mehr als 35 Jahren jedes Jahr eine kleine, internationale Gruppe von rund 20 akademisch herausragenden und hoch motivierten jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammen. In der Regel haben die teilnehmenden Personen einen Master-Ab-

schluss, arbeiten an ihrer Doktorarbeit oder sind Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger. Mit dem ASP erhalten sie ein umfassendes Training in ökonomischer Analyse, empirischen Forschungsmethoden und der Bewertung wirtschaftspolitischer Maßnahmen.

International renommierte Professorinnen und Professoren von führenden Universitäten unterrichten in ihrem jeweiligen Fachgebiet in intensiven ein- oder zweiwöchigen Kursen. Dieses straffe und immer auf den neuesten Erkenntnissen beruhende akademische Training wird unterstützt durch ein hervorragendes Alumni-Netzwerk und durch den Zugang zu den Personen und Ressourcen an einem der führenden deutschen Forschungsinstitute. Dies macht das ASP zu einem weltweit einzigartigen Programm.

Folgende Beispiele waren im Sommer/Herbst 2018 Teil des Curriculums 2018/2019, das auf eine Karriere in internationalen Organisationen, in der Wirtschaftspolitik und in der akademischen Welt vorbereitet. Das ASP findet immer in englischer Sprache statt.

www.ifw-kiel.de/education

”

„Das ASP bietet **erstklassige Vernetzung zu Studierenden und Forschern aus der ganzen Welt sowie Kontakt zu erstklassigen Wissenschaftlern.**“

Isabel H., Teilnehmerin

ASP-Kurse sowie Professorinnen und Professoren 2018/19

- *Macroeconomics in Open Economies* – Cédric Tille (Geneva)
- *International Trade and Macroeconomics* – Fabio Ghironi (Washington)
- *Monetary Economics* – Fabio Canova (Florence)
- *International Trade and the Gravity* – Keith Head (British Columbia)
- *Firms and Workers in the Global Marketplace* – Penny Goldberg (Yale)
- *Firm Dynamics and Economic Growth* – Ufuk Akcigit (Chicago)
- *Topics in International Finance—Financial Crises* – Carmen Reinhart (Harvard)
- *Forecasting Methods—With an Application to GDP* – Jens Boysen-Hogrefe (IfW Kiel)
- *Topics in Applied Microeconomic Methods* – Sourafel Girma (Nottingham)
- *Rationality, Morals, and Ethics in Economics* – Sanjit Dhami (Leicester)

Prof. Pinelopi Goldberg, Elihu Professor of Economics an der Yale University, derzeit beurlaubt, da sie als Chefökonomin der Weltbankgruppe tätig ist, August 2018

FIRMS AND WORKERS IN THE GLOBAL MARKETPLACE

Hauptziel des Kurses war es, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit einigen der wichtigsten und politikrelevanten Fragen im Bereich des hochaktuellen Themas „Internationaler Handel“ vertraut zu machen und ihnen Methoden nahezubringen, die helfen, sich mit dem Thema wissenschaftlich auseinanderzusetzen. Ein besonderer Fokus lag dabei auf der empirischen Arbeit in diesem Bereich und der angewandten Mikroökonomie im Allgemeinen. Der Kurs sollte den Studierenden Werkzeuge an die Hand geben, um erfolgreich eigene Forschung zu starten. Auch wenn der Kurs in erster Linie auf mikroökonomische empirische Themen ausgerichtet war, wurde typischerweise eine enge Verbindung zu einem oder mehreren theoretischen Modellen gezogen. Die folgenden vier Schwerpunkte wurden gesetzt:

- Effects of Trade on Productivity
- Studies of the Law of One Price, Exchange Rate Pass-Through, and Pricing-to-Market and their Relation to Variable Markups
- Intellectual Property Rights Protection in the Global Economy
- Distributional Effects of Trade

Prof. Carmen M. Reinhart, Minos A. Zombanakis Professor of the International Financial System an der Harvard Kennedy School, Oktober 2018

FINANCIAL CRISES: CONCEPTS AND EVIDENCE

In diesem Kurs standen Themen rund um Währungs-, Banken-, Inflations- und Schuldenkrisen sowie zu internationalen Ansteckungseffekten in der Finanzwelt auf dem Curriculum. Fragen der Geld- und Finanzpolitik, des Wechselkurses, der Umschuldung und der Fiskalpolitik im Zusammenhang mit den Vor- und Nachwehen von Krisen wurden sowohl auf theoretischer als auch auf empirischer Ebene untersucht. Welche Rolle spielen die Dynamiken der Leistungsbilanz, der internationalen Kapitalflüsse, der Finanzintegration und der weltweiten Rohstoffpreiszyklen? Und wie beziehen sich diese auf wiederkehrende Wirtschaftsbooms und -rezessionen? Die verwendeten empirischen Evidenzdaten sind global angelegt und basieren auf den Erfahrungen und Krisenfolgen sowohl von fortgeschrittenen als auch aufstrebenden Volkswirtschaften in allen Regionen. Die historische Komponente erstreckt sich über viele der Krisen vor dem Zweiten Weltkrieg bis hin zu den heutigen Emerging Markets Crashes der 90er Jahre und den sich ausbreitenden Banken- und Schuldenkrisen der entwickelten Volkswirtschaften.

Kiel Institute Summer School 2018:
Big Data in International Macroeconomics
and Finance



© Kevin Ku

Die KISSEP 2018 Referentinnen und Referenten und ihre Themen:

- Michele Modugno (Fed): *Wie die jüngsten Fortschritte in „Nowcasting“ bei der Echtzeitmessung der Inflation und anderer gesamtwirtschaftlicher Variablen helfen.*
- Johannes Stroebel (New York): *Big Data in der Haushaltsfinanzierung.*
- Stephen Hansen (Oxford): *Wie Textanalyse helfen kann, die Geldpolitik und ihre makroökonomischen Auswirkungen zu erklären.*
- Theresa Kuchler (New York): *Wie die Analyse von Facebook-Daten und anderen sozialen Netzwerken helfen kann, den Wohnungsmarkt und die Kreditaufnahme privater Haushalte zu verstehen.*
- Adam Storeygard (Tufts): *Wie raumbezogene Daten genutzt werden können, um den Anstieg des BIP und der weltweiten wirtschaftlichen Aktivität zu messen.*
- Julian Hinz (IfW): *Wie Twitter-Daten genutzt werden können, um internationale Handelsströme zu untersuchen.*

KIEL INSTITUTE SUMMER SCHOOL

Die „Big Data“-Revolution beeinflusst Unternehmen und Wirtschaftspolitik rund um den Globus und wird auch auf die wirtschaftswissenschaftliche Forschung einen tiefgreifenden Einfluss haben. Umfassende Datensätze, die von Regierungen oder im privaten Sektor gesammelt werden, eröffnen zusammen mit den raschen Fortschritten bei der Rechenleistung viele neue Möglichkeiten zur Analyse ökonomischer Aktivität. Bislang steckt dieser Forschungszweig allerdings noch in den Kinderschuhen. Wie können Ökonomen die Möglichkeiten von „Big Data“ in vollem Umfang nutzen? Was sind die vielversprechendsten Methoden und Anwendungen?

Die diesjährige Summer School trug dieser aktuellen Entwicklung Rechnung und lud Forscherinnen und Forscher ein, die schon mit „Big Data“ arbeiten und führend sind bei der Anwendung von maschinellem Lernen in Volkswirtschaftslehre und Finanzwesen. Zwei Ziele standen dabei im Vordergrund: Erstens, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollten die aktuellen Methoden der „Big Data“-Analyse und des maschinellen Lernens kennenlernen und, zweitens, sollten sie verstehen, wie diese Methoden auf wichtige ökonomische Fragen angewendet werden können.

Highlights 2018 · Institut für Weltwirtschaft, Kiel

Globalisierung, regionale Integration
und ihre Kritikerinnen: Die Mikrofundierung
politischen Wettbewerbs im
21. Jahrhundert



© IfW / Michael Stefan

MEDAM-CAU-VORLESUNGSREIHE ZU IMMIGRATION, POPULISMUS UND EUROSKEPTIZISMUS

Das MEDAM-Projekt (mehr auf den Seiten 34-35) und das Institut für Sozialwissenschaften/Politikwissenschaft der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) haben zu Beginn des Wintersemesters 2018/2019 erstmals eine gemeinsame Vortragsreihe veranstaltet.

Die Vortragsreihe „Globalisierung, regionale Integration und ihre KritikerInnen: Die Mikrofundierung politischen Wettbewerbs im 21. Jahrhundert“ wurde von Esther Ademmer organisiert, die als Forscherin im MEDAM-Projekt und Vertretungsprofessorin für Vergleichende Politikwissenschaften an der CAU Kiel tätig ist. Die Vorträge beschäftigten sich mit den Manifestierungen, Ursachen und Konsequenzen dieser Entwicklungen und hinterfragten, in welcher Verbindung diese zu Veränderungen politischer Konflikte in modernen Demokratien stehen. Im Fokus stand dabei besonders die Mikrofundierung dieser Prozesse: Fühlen Bürgerinnen und Bürger sich verstärkt neuen gesellschaftlichen Konfliktlinien zugehörig, die quer zum klassischen Rechts-Links-Schema verlaufen? Und welche Rolle spielen soziale Medien beim Austragen politischer Konflikte?

Institut für Weltwirtschaft, Kiel · Highlights 2018

Die Vorträge fanden sowohl in deutscher als auch in englischer Sprache statt und hatten folgende Titel:

- *Restructuring European Party Competition in Times of Multiple Crises* – Swen Hutter (Europäisches Hochschulinstitut)
- *Die Rolle sozialer Medien in der populistischen Kommunikation* – Sebastian Stier (GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften)
- *Increasing Concerns About Migration? Attitudes Towards Immigrants and Refugees* – Alexander W. Schmidt-Catran (Goethe-Universität, Frankfurt a.M.)
- *Die Entstehung einer neuen Konfliktlinie? Evidenz aus Debatten in sozialen Netzwerken während der Flüchtlingskrise* – Esther Ademmer und Tobias Stöhr (CAU und IfW)
- *Altruismus oder Versicherung? Zu den Grundlagen von Verteilungspräferenzen und ihrer Identifikation* – David Benček und Christian Martin (IfW und CAU)
- *Populists in Power* – Manuel Funke (IfW)
- *Understanding Regional Disintegration: Brexit, Citizens, and Social Media Debates* – Anamaria Dutceac Segesten (Universität Lund)
- *Austerity, Immigration or Globalization: Was Brexit Predictable?* – Thiemo Fetzer (Universität Warwick)
- *Immigration and Welfare State Preferences* – Tim Reeskens (Universität Tilburg)

ORGANISATION

Sieben Forschungsbereiche, zwei Beratungszentren
und ein starkes Support-Team dahinter ...



Rund 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus mehr als 15 Ländern arbeiten am IfW Kiel. Damit sich die wissenschaftlich Beschäftigten auf ihre Kernaufgaben Forschung, Beratung und Ausbildung konzentrieren können, werden sie von engagierten Kolleginnen und Kollegen unterstützt: Eventmanagement, Fundraising, IT, Kommunikation und Verwaltung. Präsidium und Managementboard geben die Leitlinien vor. Der Stiftungsrat trifft grundsätzliche Entscheidungen. Externe Unterstützung kommt vom wissenschaftlichen Beirat. Die institutionellen Mittel stellen je zur Hälfte der Bund und die Gemeinschaft der Bundesländer.

DIE INTERNATIONALE ARBEITSTEILUNG

Zu welchen strukturellen Anpassungen führt die Globalisierung in Unternehmen, Regionen und Ländern? Wie wirken sich insbesondere ausländische Direktinvestitionen und internationale Migration auf Herkunfts- und Empfängerländer aus, und wer trägt die Hauptlast der Anpassungskosten?

Welche Managementmethoden benutzen erfolgreiche Unternehmen? Gibt es in verschiedenen Ländern verschiedene Unternehmenskulturen mit besonderen Internationalisierungsstrategien?

Mit welchen politischen Maßnahmen kann man unerwünschten Globalisierungswirkungen begegnen? Welche Arten von Institutionen werden unter Globalisierungsbedingungen wirkungslos, und wie kann Sozialpolitik ausgleichend wirksam werden?

Das übergeordnete Ziel der Forschung besteht darin, wesentliche Aspekte der internationalen Arbeitsteilung bei fortschreitender Globalisierung empirisch zu analysieren und Antworten auf globalisierungsbedingte Herausforderungen zu erarbeiten. Der Schwerpunkt der Forschung liegt auf den Determinanten und Effekten von internationalem Handel und ausländischen Direktinvestitionen auf weltweiter und regionaler Ebene. Neu hinzugekommen ist das Thema der Wirkungen von internationaler Migration auf die Zielländer. Der Forschungsbereich arbeitet damit an Themen, die in Wissenschaft und Öffentlichkeit hochaktuell und sehr kontrovers sind.

Ein wichtiges Thema sind deutsche Investitionen im Ausland. Dazu arbeitet der Forschungsbereich zusammen mit dem IfWPrognosezentrum an einem vom BMF in Auftrag gegebenen Gutachten. Dabei geht es speziell darum, die Auswirkungen deutscher Investitionen für die Gastländer zu schätzen. So wird der Frage nachgegangen, ob deutsche Investitionen zum Produktivitäts- und Beschäftigungswachstum im Gastland beitragen und ein Vehikel für Technologietransfer ins Ausland sind.

Das von der LeibnizGemeinschaft geförderte „Kiel Centre for Globalization“ hat weiter an Fahrt aufgenommen. Zum dritten Mal wurde gemeinsam mit der UNIDO eine Konferenz organisiert, und im Herbst fand der erste KCG-Workshop in Kiel statt (mehr dazu auf Seite 43). Ein Forschungs-

schwerpunkt behandelte die Frage, wie sich sogenannte „Corporate Social Responsibility“ (CSR)-Aktivitäten von multinationalen Unternehmen in Afrika auswirken. Es wird gezeigt, dass dies durchaus zu mehr Technologietransfer zu lokalen Zulieferern führt.

In einer umfangreichen Studie zur Digitalisierung hat der Bereich gezeigt, dass Frauen die großen Gewinnerinnen des digitalen Zeitalters sein könnten. Zum einen werden typische Frauenberufe voraussichtlich weniger leicht automatisierbar sein als typische Männerberufe. Zum anderen werden Fähigkeiten weiter an Bedeutung gewinnen, bei denen Frauen besonders stark sind. Hierzu zählen vor allem soziale Kompetenz und Empathie. Gravierende Hürden bleiben jedoch noch insbesondere dort zu überwinden, wo überwiegend Männer über Karrierechancen und Finanzierungen entscheiden.

Prof. Holger Görg, Ph.D.

Forschungsbereichsleiter
holger.goerg@ifw-kiel.de

Dipl.-Volksw. Frank Bickenbach
(stellv. Leiter)

Dr. Eckhardt Bode
Dr. Sebastian T. Braun
Richard Franke (bis 08/18)

Ricarda Geilenkirchen
Olivier N. Godart, Ph.D.

Dr. Dennis Görlich
Dr. Julian Hinz

Cecilia Hornok, Ph.D.
Gritta Jeglewski

Dipl.-Volksw. Christiane Krieger-Boden
Dr. Daniel Kopasker (bis 03/18)

Jacob Lehr

Dr. Wan-Hsin Liu
Léa Marchal, Ph.D.

Saskia Mösle
Michaela Rank

Frauke Steglich

Dr. Alina Sorgner (bis 09/18)
Prof. Gerald Willmann, Ph.D.

Assoziiert:

Prof. Dr. Dierk Herzer
Dr. Lucia Perez Villar
Prof. Horst Raff, Ph.D.

WISSENSAKKUMULATION UND WACHSTUM

Welche Faktoren fördern und welche Faktoren behindern Wissensentstehung und Wachstum in Industrie- und Schwellenländern?

Welche Rolle spielt das institutionelle und kulturelle Umfeld für Innovation und Wachstum? Welche Rolle spielen standortgebundene Faktoren?

Wie verändern sich globale Wissensströme, und welche Auswirkungen hat diese Veränderung auf die internationale Arbeitsteilung?

Welche Konsequenzen hat der Aufstieg von Schwellenländern wie China und Indien zu Forschungs- und Entwicklungsstandorten für Einkommen und Beschäftigung in den Industrieländern?

Eine der wichtigsten weltwirtschaftlichen Entwicklungen der Gegenwart ist die zunehmende Verlagerung von Forschung und Entwicklung sowie anderer wissensintensiver Aktivitäten aus hochentwickelten Industrieländern in rasch wachsende Schwellenländer. Da neues Wissen langfristig zu den bedeutendsten Quellen von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung gehört, ziehen globale Verlagerungen der Wissensproduktion und Veränderungen der internationalen Wissensflüsse globale Verschiebungen von Einkommen und Wohlstand nach sich. Das übergeordnete Ziel der Forschung in diesem Bereich besteht darin, zu einem besseren Verständnis der Bestimmungsgründe von Wissensentstehung,

Wissensausbreitung und wissensbasiertem Wachstum in Industrie und Schwellenländern beizutragen.

Zentrale aktuelle Forschungsthemen sind die Wechselwirkungen zwischen Innovation und Internationalisierung auf der Firmenebene, die Auswirkungen der digitalen Revolution auf Innovationsprozesse und Beschäftigung und die Auswirkungen der Einbindung in globale Wertschöpfungsketten auf das Verhalten von Unternehmen. Im Bereich der wirtschaftspolitischen Beratung stehen Fragen der Technologiepolitik in Deutschland und Fragen der Digitalisierung und des Schutzes geistiger Eigentumsrechte auf der internationalen Ebene im Vordergrund.



Prof. Dr. Dirk Christian Dohse

Forschungsbereichsleiter
dirk.dohse@ifw-kiel.de

Dr. Eckhardt Bode
(stellv. Leiter)

Carmen Andersson
Dipl.-Volksw. Frank Bickenbach
Rajeev Goel, Ph.D.

Dr. Robert Gold
Prof. Aoife Hanley, Ph.D.

Prof. Dr. Stephan Heblch
Dr. Wan-Hsin Liu

Prof. Dr. Christina Raasch
Andrea Schäfer

Finn-Ole Semrau
Julian Vehrke

Assoziiert:
Limin DU



Prof. Dr. Dr. Ulrich Schmidt

Forschungsbereichsleiter
ulrich.schmidt@ifw-kiel.de

Prof. Dr. Menusch Khadjavi
(stellv. Leiter)

Simon Bartke (bis 11/18)
Lena Dettlefsen

Christiane Gebühr
Felix Gelhaar
Dr. Gianluca Grimalda, Ph.D.
Jan Steffen Krause
Dr. Katharina Lima de Miranda
Levent Neyse, Ph.D.
Dr. Patrick Ring
Christoph Schütt
Prof. Dennis Snower, Ph.D.

Assoziiert:
Steven Bosworth, Ph.D. (bis 09/18)
Dr. Tamas David-Barrett (bis 11/18)
Christian Kaernbach
Catharina Probst
Prof. Dr. Thilo van Eimeren
Prof. Dr. Alexander Zimper (bis 02/18)

SOZIAL- UND VERHALTENS- ÖKONOMISCHE ANSÄTZE ZUR LÖSUNG GLOBALER PROBLEME

Wie beeinflussen sozialer Kontext und körperliche Reaktionen wirtschaftliche Entscheidungen?

Welche Rolle spielt die Motivation für menschliche Kooperation, und wie können wir sie verändern?

Welchen Beitrag können Persönlichkeitsmerkmale und der Dopaminhaushalt zur Erklärung exzessiver Risikoübernahme leisten?

Der Forschungsbereich vertritt die Auffassung, dass die Konzeption menschlicher Motivation und menschlichen Entscheidungsverhaltens in der traditionellen VWL überholt und nicht konsistent mit Ergebnissen anderer Fachrichtungen wie zum Beispiel den Neurowissenschaften oder der Psychologie ist. So sind Menschen nicht ausschließlich eigennützig, da sie die Fähigkeit zu Fairness, Empathie, Mitgefühl und Fürsorge besitzen. Sie sind nicht ausschließlich rational, da menschliches Verhalten zu einem großen Teil durch Emotionen und Heuristiken beeinflusst wird. Sie sind nicht ausschließlich individualistisch, da ihre Präferenzen stark durch ihre soziale Gruppe bestimmt werden. Auf dieser Grundlage analysiert der Forschungsbereich die Bedeutung von sozialer Interaktion und Verhaltensprozessen einzelner Agenten für die Entstehung von globalen wirtschaftlichen Problemen und für die Konzeption möglicher Lösungen. Zurzeit verfolgt der Forschungsbereich drei größere Projekte:

(i) „Motivational Systems and Global Cooperation“: Im Gegensatz zu nationalen Märkten sind globale Märkte weitgehend unreguliert. Das Einführen globaler Regulierungen wie bspw. eine Finanztransaktionssteuer oder eine Besteuerung von Kerosin erfordert internationale Kooperation. Das gleiche gilt für die Lösung vieler globaler Probleme wie dem Klimawandel. Der Forschungsbereich analysiert, wie die notwendige internationale Kooperation erzielt werden kann. Dabei wird auch die Rolle von unterschiedlichen Motivationen untersucht.

(ii) „Neurobiological Foundations of Decision Making under Uncertainty“: Globale wirtschaftliche Probleme wie die Minderung des Klimawandels, die Bekämpfung von Armut oder insbesondere die Regulierung von Spekulation an den Kapitalmärkten können nicht analysiert werden, ohne die Verhaltensreaktionen auf die involvierten Unsicherheiten zu betrachten. Exzessive Risikobereitschaft konnte als einer der wichtigsten Gründe für die jüngste Finanzkrise identifiziert werden. Unser Ziel ist es, zu einem besseren und umfassenderen Verständnis des menschlichen Verhaltens unter Unsicherheit beizutragen. Unsere Analyse befasst sich besonders mit Personen, welche viel Erfahrung im Umgang mit Risiken haben wie zum Beispiel professionelle Investoren und pathologische Spieler.

(iii) Verhaltensökonomische Ansätze zur Verbesserung von Politikmaßnahmen: Die Verhaltensökonomie hat gezeigt, dass das menschliche Verhalten durch begrenzte Rationalität, zeitliche Inkonsistenzen, kognitive Verzerrungen, adaptive oder imitative Heuristiken, Kontextabhängigkeit und altruistische Motivationen gekennzeichnet ist. Weltweit vertrauen immer mehr Regierungsorganisationen bei der Gestaltung ihrer Politikmaßnahmen auf diese Erkenntnisse. Wir versuchen auf diesem Gebiet umsetzbare Beiträge zu leisten und verfügt dabei über umfassende Expertise unter anderem in den Bereichen gesamtwirtschaftliche Entwicklungen, Gesundheit, Spendenbereitschaft und pro-soziales Verhalten und Risikobereitschaft in individuellen und sozialen Kontexten.

UMWELT UND NATÜRLICHE RESSOURCEN

In welchem Umfang werden negative CO₂-Emissionen benötigt, um ambitionierten Klimaschutz zu erreichen, und wie werden solche Maßnahmen gesellschaftlich bewertet?

Wie kann die nachhaltige Nutzung von den knappen Ressourcen Wasser und Land gestaltet werden?

Welchen Beitrag zum Wohlstand leisten marine Ressourcen, und wie können wir sie nachhaltig nutzen?

Dieser Forschungsbereich untersucht einzel- und gesamtwirtschaftliche Anpassungsprozesse an globale und länderspezifische Knappheiten natürlicher Ressourcen. Natürliche Ressourcen umfassen energetische und nicht-energetische Rohstoffe sowie Umweltqualität. Gegenstand der Forschung ist dabei sowohl die Analyse der Bestimmungsgründe für die zunehmende Knappheit natürlicher Ressourcen als auch der Auswirkungen dieser Knappheit auf die Allokation von Faktoren und Gütern in der Weltwirtschaft. Besonderes Gewicht wird dabei auf die Wertung der nationalen und internationalen Aspekte von Umweltpolitik und die Erarbeitung von Vorschlägen für den Einsatz rationaler und effizienter umweltpolitischer Instrumente gelegt. Zu unserem Themenbereich zählen auch die nachhaltige Landnutzung, der zunehmende Einsatz von Biomasse sowie Wasserknappheit als auch die ökonomische Bewertung des Ozeans. In allen Themenbereichen setzen wir uns insbesondere mit der Rolle der globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen auseinander. Wir verknüpfen dabei eng die wissenschaftliche Forschung mit unseren Beratungsaktivitäten.

Im Jahr 2018 sind die Vergabe des Alfred-Nobel-Gedächtnispreises für Wirtschaftswissenschaften an William Nordhaus sowie die Veröffentlichung des Sonderberichts des Weltklimarats zum 1.5°C-Ziel und die UN-Klimakonferenz in Kattowitz hervorzuheben. Als einer der ersten Klimaökonomien entwickelte Nordhaus ein quantitatives Wachstumsmodell, das die Kosten der CO₂-Emissionsvermeidung den vermiedenen

Schäden durch geringeren Klimawandel gegenüberstellt. Das von Nordhaus entwickelte Modell kommt auch im Forschungsbereich Umwelt und natürliche Ressourcen zum Einsatz und entsprechend wurde die Preisvergabe an Nordhaus erfreulich aufgenommen und auch öffentlich positiv kommentiert. Die Veröffentlichung des Sonderberichts des Weltklimarats zum 1.5°C-Ziel war ein wichtiges Ereignis für die internationale Debatte zum Klimaschutz. Der Bericht macht eindringlich deutlich, wie wenig CO₂ die Weltgemeinschaft noch emittieren kann, wenn sie das 1.5°C-Ziel erreichen will. Mitglieder des Forschungsbereichs haben den Sonderbericht analysiert und kritisiert, wie verschiedene politische Akteure und Vertreter von Nicht-Regierungsorganisationen die Ausweitung des CO₂-Budgets (im Vergleich zum fünften Sachstandsbericht) interpretieren, da diese nicht die mit der Berechnung verbundenen Annahmen über zum Beispiel die Entwicklung der Emissionen anderer Treibhausgase als CO₂ hinreichend berücksichtigen und kommunizieren. Darüber hinaus analysierte der Forschungsbereich mögliche Entwicklungspfade des Agrarsektors und der globalen Landnutzung, wobei sich Annahmen zu Produktivitätsänderungen und der Expansion von Ackerflächen als wichtigste Einflussgrößen herausgestellt haben. Große, nachfrageseitige Faktoren auf der regionalen Ebene wie Biokraftstoffquoten werden durch globale Märkte ausgeglichen, so dass für eine Verbesserung der Ernährungssicherheit Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft die größten Potenziale bieten.



Forschungsbereichsleitung
Dr. Ruth Delzeit,
ruth.delzeit@ifw-kiel.de und
Dr. Wilfried Rickels,
wilfried.rickels@ifw-kiel.de

Dr. Lena-Katharina Bednarz
Dr. Christine Bertram
Johannes Burmeister
Ianna Dantas
Tobias Heimann
Angela Husfeld
Prof. Gernot Klepper, Ph.D.
Dr. Christine Merk
Prof. Dr. Sonja Peterson
Prof. Dr. Katrin Rehdanz
Dr. Franziska Schünemann
Dr. Mareike Söder
Sneha Thube
Malte Winkler

Assoziiert:
Daiju Narita, Ph.D.
Prof. Dr. Martin Quaas

ARMUTSMINDERUNG UND ENTWICKLUNG

Verbessern die Geber mit ihrer Entwicklungshilfe die Lebensbedingungen in den Empfängerländern?

Wie kann ein europäisches Immigrationssystem aussehen, das die Integration der Migrantinnen und Migranten begünstigt und gleichzeitig die Entwicklung in den Heimatländern fördert?

Wie stark wird die Entwicklung in Transformationsökonomien durch externe Akteure wie die EU oder Russland beeinflusst?

Welchen Einfluss haben großflächige Landinvestitionen in Afrika auf die Wohlfahrt der lokalen Bevölkerung?

Im Oktober 2015 hat die Staatengemeinschaft die sogenannten Sustainable Development Goals (SDGs) verabschiedet. Da immer noch mehr als 2 Milliarden

Menschen von weniger als 3 Dollar pro Tag leben, bleibt die Armutsbekämpfung ein wichtiges Ziel. Sie wird jetzt aber ergänzt durch ökologische Ziele – etwa der Schutz und die nachhaltige Nutzung knapper Ressourcen wie Wasser, Land und Wälder – sowie Wachstums-, Beschäftigungs- und Verteilungsziele. Darüber hinaus wird die Bedeutung von Frieden und guter Regierungsführung für nachhaltige Entwicklung hervorgehoben. Vor diesem Hintergrund analysiert der Forschungsbereich aktuelle entwicklungspolitische Fragestellungen. Dabei wird ein Hauptaugenmerk auf die Auswirkungen internationaler Migration, auf die Wohlfahrt der Migrantinnen und Migranten sowie der Send- und Empfängerländer gerichtet. Ein weiterer Schwerpunkt der Forschungsarbeit liegt auf den Armutseffekten der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Die Mitglieder des Forschungsbereichs beschäftigen sich außerdem mit dem Einfluss regionaler und globaler Integration auf die institutionelle

und wirtschaftliche Entwicklung in Transformationsländern. Schließlich werden Fragestellungen analysiert, die sich aus der Spezialisierung vieler Entwicklungsländer auf die Landwirtschaft ergeben.

In wissenschaftlichen Veröffentlichungen der vergangenen Jahre wurde zum Beispiel gezeigt, dass der großflächige Landerwerb in Entwicklungsländern durch internationale Investoren zu mehr Kooperation innerhalb der betroffenen ländlichen Gemeinden führen kann, und dass sich ein Teil der internationalen Migrationsströme durch die Wahl bestimmter Google-Suchbegriffe vorhersagen lässt. Weit gefächert sind die Aktivitäten des Forschungsbereichs in der Politikberatung. Als Teil der umfangreichen Beratungstätigkeit des IfW im Rahmen des T20-Engagements beteiligte sich der Forschungsbereich an mehreren der eingerichteten Arbeitsgruppen und fertigte thematisch passende Policy Briefs an. Wie schon in den Jahren zuvor diente das vom Forschungsbereich unterhaltene Netzwerk PEGNet dem Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis. Mehr zur PEGNet-Jahreskonferenz in Cotonou Benin auf der Seite 44.



Prof. Dr. Rainer Thiele
Forschungsbereichsleiter
rainer.thiele@ifw-kiel.de

Prof. Dr. Manfred Wiebelt
(stellv. Leiter)

Dr. Esther Ademmer
Dr. Toman Barsbai
Dr. Joscha Beckmann
Dr. David Benček
Prof. Dr. Andreas Fuchs
Christiane Gebühr
Dr. Kacana Khadjavi
Dr. Linda Kleemann
Prof. Dr. Matthias Lücke
Askar Mukashov
Claas Schneiderheinze
Dr. Rainer Schweickert
Dr. Tobias Stöhr
Prof. Dr. Phillip Wichert

Assoziiert:
Prof. Dr. Jann Lay
Prof. Dr. Lukas Menkhoff

Gast:
Dr. Afaf Rahim

MAKROÖKONOMISCHE POLITIK IN UNVOLLKOMMENEN MÄRKTEN

Was treibt die Schwankungen von gesamtgesellschaftlicher Produktion, von Arbeitslosigkeit und von Inflation über den Konjunkturzyklus?

Welche Rolle spielen Arbeitsmarktfriktionen für Konjunkturschwankungen?

Wie wirken sich Geld- und Fiskalpolitik auf den Konjunkturzyklus aus?

Sollen Geld- und Fiskalpolitik stabilisierend auf die Konjunktur einwirken?

Wie wirken sich Geld- und Fiskalpolitik auf Nachbarländer aus?

Im Zentrum der Forschung dieses Bereichs stehen die Erklärung von Konjunkturschwankungen und die Wirkung von Geld- und Fiskalpolitik auf den Konjunkturzyklus. Unsere Forschungsthemen werden dabei durch die aktuelle wirtschaftspolitische Diskussion beeinflusst. So haben uns im letzten Jahr zum Beispiel die Wirkung von Fiskalregeln und von Geldpolitik in Finanzkrisen beschäftigt. Anhand von Fiskalregeln wollen Regierungen die Entwicklung der staatlichen Schuldenlast in den Griff bekommen und das Vertrauen auf den Finanzmärkten erhöhen. Wir untersuchen, wie sich diese Regeln auf Konjunkturschwankungen und die Stabilität der Volkswirtschaft auswirken. Bei der genaueren Analyse von Geldpolitik zeigt sich, dass diese während Finanzkrisen besonders wirkungsvoll ist, weil sie das Konsumenten-

vertrauen stützen kann. Während der Erholungsphase nach einer Finanzkrise hat Geldpolitik jedoch kaum mehr eine stimulierende Wirkung.

Neben der Forschung sind wir auch in der Organisation von wissenschaftlichen Konferenzen aktiv. Vor zehn Jahren haben wir ein internationales Netzwerk gegründet, welches sich mit den Kernfragen des Forschungsbereichs beschäftigt. Mitglieder dieses Netzwerks sind unter anderem die Deutsche Bundesbank, die Europäische Zentralbank und verschiedene Niederlassungen der amerikanischen Zentralbank. Regelmäßig finden Konferenzen mit renommierten Ökonomen und Ökonomen im Rahmen des Ensuring Economic and Employment Stability (EES)-Netzwerkes statt. Mehr zur Konferenz 2018 auf Seite 44.



Wolfgang Lechthaler, Ph.D.
Forschungsbereichsleiter
wolfgang.lechthaler@ifw-kiel.de

Mewael F. Tesfaselassie, Ph.D.
(stellv. Leiter)

Dr. Martin Ademmer
Dimitrios Bermpoglou, Ph.D.
Prof. Dr. Jens Boysen-Hogrefe
Prof. Sanjay Chugh, Ph.D.
Salomon Fiedler
Dr. Dominik Groll
Philipp Hauber
Ute Heinecke
Dr. Nils Jannsen
Galina Potjagailo, M.Sc.
Dr. Matthias Raddant
Prof. Dr. Stefan Reitz
Prof. Dennis Snower, Ph.D.
Dr. Ulrich Stolzenburg
Prof. Dr. Maik Wolters



Prof. Dr. Christoph Trebesch
Forschungsbereichsleiter
christoph.trebesch@ifw-kiel.de

Dr. Manuel Funke
(stellv. Leiter)

Michael Bayerlein
Angelica Dominguez Cardoza
Gyozo Gyöngyösi
Ute Heinecke
Franziska Hünnekes
Laura Kincaide
Josefin Meyer
Lucie Stoppok

INTERNATIONALE FINANZ- MÄRKTE UND GLOBAL GOVERNANCE

Wie kann man Finanz- und Schuldenkrisen vorbeugen bzw. effektiver bewältigen? Welche Ursachen und Folgen haben internationale „Rettungspakete“?

Wie wirken internationale Kapitalflüsse auf Wachstum und Finanzstabilität in Entwicklungs- und Schwellenländern?

Wie riskant sind Staatsanleihen für private Investoren und das Finanzsystem?

Sollten internationale Finanzinstitutionen wie z.B. der IWF oder der ESM reformiert werden und wenn ja, wie?

Welche Auswirkungen hat die globale Wirtschaftsentwicklung auf nationale Politik, insbesondere auf Wahlergebnisse, Wahlumfragen und Regierungsentscheidungen?

Was erklärt das Auf und Ab des Populismus? Können wirtschaftliche Faktoren wie Finanzkrisen, Ungleichheit oder Globalisierung die aktuellen Erfolge von Populisten erklären?

Waren-, Arbeits- und Finanzmärkte sind über Grenzen hinweg eng verflochten, und auch nationale Politik wird zunehmend von globalen wirtschaftlichen Ereignissen geprägt. Ziel des Forschungsbereichs ist es, globale Wirtschaftszusammenhänge zu analysieren und zu verstehen. Ein Schwerpunkt liegt auf der finanziellen Globalisierung, also den Chancen und Risiken internationaler Finanzströme. Mit besonderem Interesse betrachten wir auch die sozioökonomischen und demografischen Implikationen von Finanzkrisen und anderer makroökonomischer Schocks.

Unsere Forschung ist empirisch und zum Teil auch wirtschaftshistorisch ausgerichtet. Die meisten Projekte haben eine Langzeit-Perspektive und nutzen Daten der letzten Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte. Unser Ziel ist es, aus historischen Erfahrungen zu lernen, um zukünftigen politischen Herausforderungen und makroökonomischen Schocks besser begegnen zu können.

Der erst 2017 gegründete Forschungsbereich befindet sich weiterhin im Aufbau sowohl was die Projekte und Themen angeht als auch bei der Teamzusammensetzung.

Zwei große Projekte stehen dabei im Vordergrund. Für das Projekt „Populismus und wirtschaftliche Umbrüche seit 1870 – eine quantitative Analyse“ arbeiten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erfolgreich daran, einen neuen Datensatz, einen „Zensus des Populismus“, zusammenzustellen, der über 100 Länder umfasst und bis 1870 zurückreicht. Das Projekt baut auf früheren Arbeiten über die politischen Folgen von Finanzkrisen auf, für die wir über 800 Wahlen in den Jahren 1870–2014 analysiert haben und die in der internationalen und nationalen Presse ausführlich behandelt wurden.

Das zweite Projekt „Internationale Kapitalflüsse über 200 Jahre“ hat ebenfalls eine große Datenkomponente, denn es werden langfristige Zeitreihen zur Leistungsbilanz, Gold- und Wechselkursreserven sowie Schuldenemissionen für über 50 Länder weltweit zusammengetragen. Ein Teilprojekt fokussiert sich auf Staatsanleihen und wird es voraussichtlich ermöglichen, die Risikoanalyse in diesem Markt auf eine gänzlich neue Grundlage zu stellen.

PROGNOSEZENTRUM

Wie entwickelt sich die Konjunktur? In Deutschland? In der Welt?

Mit welchen Steuereinnahmen kann der Staat in Zukunft rechnen?

Was sind die Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung?

Wie lassen sich gesamtwirtschaftliche Koordinationsdefekte symptomatisch erkennen?

Mit welchen Instrumenten kann und sollte die Konjunktur gesteuert werden?

Finanzkrise, Schuldenkrise, Eurokrise: Wie sind die aktuellen Krisen entstanden, und wie geht es weiter?

Das Prognosezentrum analysiert und prognostiziert regelmäßig die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland, im Euroraum und in der übrigen Welt. Es kooperiert mit anderen führenden Wirtschaftsforschungsinstituten, auf europäischer Ebene mit der EUROFRAME-Gruppe sowie der AIECE (Association of European Conjuncture Institutes). Die Ergebnisse der laufenden Konjunkturforschung werden im Format der Kieler Konjunkturberichte dokumentiert und der Öffentlichkeit durch eine intensive Medienarbeit erläutert. Mit den Kieler Konjunkturgesprächen im Frühjahr und Herbst bringt das Zentrum Prognostiker mit wirtschaftspolitischen und unternehmerischen Entscheidungsträgern in einen internationalen Dialog. Zudem ist das Prognosezentrum Teilnehmer der Gemeinschaftsdiagnose der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute. Die Gemeinschaftsdiagnose erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie Konjunkturprognosen, die als Basis für die Prognosen der Bundesregierung gelten. Zudem ist das Zentrum an der amtlichen Steuerschätzung beteiligt.

Das Prognosezentrum betätigt sich darüber hinaus im In- und Ausland an der wirtschaftspolitischen Beratung in Form von Forschungsprojekten und Stellungnahmen zu aktuellen Fragen der Wirtschaftspolitik. So berät das IfW unter Federführung des Prognosezentrums den Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments regelmäßig im monetären Dialog mit der Europäischen Zentralbank. Im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen erfolgt die wissenschaftliche Unterstützung für die sogenannte LIME-Arbeitsgruppe (Working Group on the Methodology to Assess Lisbon Related Structural Reforms), die die makroökonomische Überwachung in der EU methodisch weiterentwickeln soll. Kompetenz im Bereich internationale Wirtschaft und Handel spiegelt sich zudem in einem langjährigen Beratungsprojekt für die World Free Zones Organization, das im Jahr 2017 gestartet wurde. Zudem werden regelmäßig Indikatoren in den Bereichen Weltkonjunktur, Konjunktur im Euroraum, Logistik, Export und Finanzmärkte berechnet, kommentiert und veröffentlicht.



Prof. Dr. Stefan Kooths
Leiter des Zentrums
stefan.kooths@ifw-kiel.de

Prof. Dr. Jens Boysen-Hogrefe
(stellv. Leiter)

Dr. Martin Ademmer
Salomon Fiedler
Margitta Führmann
Dr. Klaus-Jürgen Gern
Dr. Dominik Groll
Philipp Hauber
Dr. Nils Jannsen
Saskia Möslle
Galina Potjagailo
Prof. Dr. Stefan Reitz
Dr. Ulrich Stolzenburg
Bärbel Walter
Prof. Dr. Maik Wolters
Dr. Birgit Wolfrath

Schwerpunktanalysen:
Dr. Klaus Schrader (Leitung)
Dr. Claus-Friedrich Laaser
Prof. Dr. Rolf J. Langhammer
Dr. Astrid Rosenschon


Dr. Dennis Görlich

Leiter des Zentrums
dennis.goerlich@ifw-kiel.de

Anna Breling
Marion Glowatzka
Cornelia Gold
Gritta Jegliowski
Kathrin Kupke
Manuel Ley
Dr. Katharina Lima de Miranda
Dr. Levent Neyse
Martin Poske
Juliane Stein-Zalai

GLOBAL CHALLENGES CENTER

Internationale Think Tank-Aktivitäten

Lösungen für aktuelle globale Herausforderungen

Empfehlungen für die G20

Konferenzen, Netzwerke und Publikationsplattformen

Das Global Challenges Center koordiniert seit 2015 die internationalen Think Tank-Aktivitäten des IfW. Ziel ist es, globale Herausforderungen zu identifizieren und in Zusammenarbeit mit IfW-Forschungsbereichen und anderen internationalen Forschungseinrichtungen Lösungen für diese Herausforderungen bereitzustellen. Wir verstehen uns dabei als „Hub“ für die Verbindung von lösungsorientierter Forschung vor Ort am IfW und komplementärer Forschung in unserem internationalen Netzwerk. Mit unseren Aktivitäten bauen wir eine Brücke zwischen Forschung auf der einen und Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf der anderen Seite. Dafür etablieren, pflegen und koordinieren wir Netzwerke, gestalten Konferenzen als Dialogforen zwischen den Gruppen und stellen Publikationsplattformen bereit.

Als Gründungsmitglied und Forschungskoordinator des 2015 gegründeten Council for Global Problem-Solving ist das IfW Teil eines hochkarätigen Netzwerks von Forschungseinrichtungen, die sich die langfristige Beratung der G20 und anderer multilateraler Institutionen zur Aufgabe gemacht haben. Der Council ist Teil der T20, dem offiziellen Dialogprozess der jeweiligen G20-Präsidentschaft mit Forschungseinrichtungen, und leistet damit einen regelmäßigen Beratungsbeitrag für politische Entscheidungsträger. Darüber hinaus pflegt unser Zentrum ein breites Netzwerk aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Mit dem Global Solutions Summit in Berlin organisiert das Global Challenges Center jährlich eine hochrangig besetzte Konferenz, die sich ebenfalls mit zentra-

len Themen der G20-Agenda befasst. Der Council for Global Problem-Solving und die T20 bilden das intellektuelle Rückgrat des Summits, an dem unter anderem Bundeskanzlerin Angela Merkel, weitere Minister und Offizielle der G20-Präsidentschaften teilgenommen haben. Wie auch schon unter deutscher (2017) und argentinischer G20-Präsidentschaft (2018), wird der Global Solutions Summit auch 2019 wieder ein zentraler Meilenstein der T20-Aktivitäten unter japanischer G20-Präsidentschaft sein. Neben dem global ausgerichteten Global Solutions Summit haben wir mit dem Global Economic Symposium Kiel ein weiteres deutschsprachiges Konferenzformat entwickelt, das wichtige globale Themen aus der G20-Agenda aufnimmt, diese hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Schleswig-Holstein analysiert und lokale Lösungsansätze und deren Umsetzung diskutiert.

Auf der Internetplattform G20-Insights.org werden Policy Briefs zu den Themenbereichen der G20 bereitgestellt. Die Plattform richtet sich primär an Entscheidungsträger aus der Politik und bildet eine zentrale Veröffentlichungsplattform für die Arbeit der T20. Gegliedert nach den T20-Arbeitsgruppen und verknüpft mit offiziellen Dokumenten der G20, entsteht hier ein umfassendes Archiv von Policy Briefs, das G20-Entscheidern jederzeit einen Überblick über forschungsbasierte Empfehlungen geben kann. In der Publikationsreihe Global Solutions Papers im „Economics E-Journal“ werden die besten Policy Papers nach einem wissenschaftlichen Gutachterprozess veröffentlicht.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Institut für Weltwirtschaft

Kiellinie 66 | 24105 Kiel
T +49 431 8814-1
F +49 431 8814-500

REDAKTIONSTEAM

Tobias Danklefsen; Kirsten Lade; Silke Matthiesen-Goss;
Elisabeth Radke; Mathias Rauck; Christian Damm
Guido Warlimont (inhaltlich verantwortlich nach § 6 MDStV)

FOTOS

Titel: IfW / Daniel Wolcke
Portraitbilder: IfW / Studio 23; IfW / Renard, Kiel;
IfW / Michael Stefan

© Institut für Weltwirtschaft, Kiel, 2019

**INSTITUT FÜR
WELTWIRTSCHAFT**

Kiellinie 66 | 24105 Kiel
info@ifw-kiel.de

T +49 431 8814-1
F +49 431 8814-500

  @kielinstitute

www.ifw-kiel.de

Gefördert durch den Bund und
das Land Schleswig-Holstein


Leibniz
Gemeinschaft